



Für unser Land - für unsere Werte

Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg

- I. Präambel
- II. Für mehr Sicherheit und eine wirksamere Verbrechensbekämpfung
- III. Für mehr direkte Demokratie, Bürgerrechte und Datenschutz
- IV. Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs
- V. Für Sparsamkeit, Verantwortung und Transparenz im Umgang mit Steuermitteln
- VI. Für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft
- VII. Für ein differenziertes, leistungsorientiertes Bildungssystem
- VIII. Für eine Landespolitik als Partner unserer Wirtschaft
- IX. Für eine leistungsfähige Infrastruktur im Land
- X. Für sichere Energieversorgung und bezahlbare Energie
- XI. Für ein gutes und langes Leben im ländlichen Raum
- XII. Für ein starkes und finanzierbares Gesundheitssystem

I. Präambel

Baden-Württemberg ist ein lebens- und liebenswertes Land. Seine sprichwörtlich fleißigen und erfinderischen Bewohner haben es zu einer der wohlhabendsten Regionen in Deutschland gemacht. Seit Jahrzehnten gehört Baden-Württemberg mit seinen starken mittelständischen Unternehmen zu den Nettozahlern unter den deutschen Bundesländern. Es trägt mit seiner Wirtschaftskraft wesentlich dazu bei, den Wohlstand der gesamten Bundesrepublik zu erhalten und zu mehren. Baden-Württembergs Universitäten gehören traditionell zu den besten des Landes. Seine Kulturlandschaften sind weitgehend intakt, seine Städte und Dörfer haben noch immer eine hohe Lebensqualität.

Doch die Zukunft unseres Landes ist bedroht. Die katastrophal verfehlte Euro-Rettungspolitik, die kopflose „Energiewende“ und die völlig verantwortungslose Asyl- und Flüchtlingspolitik der CDU-geführten Bundesregierung bringen auch für Baden-Württemberg enorme Belastungen mit sich. Die grün-rote Landesregierung hat diesen Fehlentwicklungen weder auf ideeller, noch auf realpolitischer Ebene das Geringste entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Durch fehlende oder verfehlte Initiativen im Bundesrat und durch bloße Verwaltung der Misstände vor Ort ist Grün-Rot für die Probleme des Landes wesentlich mitverantwortlich. Die entkernte Merkel-CDU setzt um, was sich grüne und rote Ideologen ausgedacht haben. Scheingefechte in den Parlamenten und in den Wahlkämpfen können über diese fatale Allianz der Altparteien nicht mehr hinwegtäuschen.

Die Alternative für Deutschland betrachtet diese Entwicklungen, die mit dem rapiden Verfall unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einhergehen, mit großer Sorge. Sie wurde im Jahr 2013 als eine Bewegung von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegründet, die die Führung unseres Landes nicht länger einer zunehmend überforderten und nicht mehr an den Interessen des Gemeinwohls ausgerichteten politischen Klasse überlassen wollten. Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine den Bürgern als „alternativlos“ verkaufte Politik der Altparteien, die unser schönes Land in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.

Die AfD bekennt sich zu den christlichen und den aufklärerischen Wurzeln unserer Kultur und unseres Staates und ist entschlossen, diese gegen ihre Verächter in Politik und Medien zu verteidigen. Von Diffamierungen im Zeichen der „politischen Korrektheit“ lässt sich die AfD nicht einschüchtern, denn sie weiß das Recht und das Grundgesetz auf ihrer Seite. Die AfD steht für Freiheit und Selbstverantwortung, für gesundes Selbstbewusstsein und Heimatliebe, für direkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für ideologiefreien Realismus und ökonomische Vernunft, für Bürgersinn und Tradition. Kurz für alles, was in Berlin und Stuttgart derzeit mit Füßen getreten wird. Das aggressive Verhalten der Altparteien gegenüber der AfD zeigt, dass diese den wunden Punkt bei ihnen getroffen hat.

Ein Hauptziel der Alternative für Deutschland ist die Veränderung der politischen Kultur in unserem Land. Nach Schweizer Vorbild müssen die Bürger viel stärker als bisher an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Hürden für Bürgerbegehren und Volksabstimmungen sind auf kommunaler wie auf Landesebene noch deutlicher abzusenken, damit unsere oftmals nur noch auf dem Papier existierende Demokratie wieder mit Leben

erfüllt wird. Grün-Rot hat zwar mehr Bürgerbeteiligung versprochen, tatsächlich aber das genaue Gegenteil praktiziert, nämlich eine ideologisch motivierte Bevormundungspolitik. Diese führt zunehmend zu Sprech- und Denkverboten, zu einem Klima der Repression und Intoleranz in Namen von trügerisch wohlklingenden Begriffen wie „Vielfalt“, „Buntheit“, „Toleranz“ und „Gleichstellung“.

Der grün-roten Multi-Kulti-Ideologie, die schon jetzt grandios gescheitert ist, setzt die AfD ein Bekenntnis zu Baden-Württemberg als Heimat – für Einheimische und gut integrierte Eingewanderte – mit deutscher Leitkultur entgegen. Die aktuelle Massenzuwanderung – von Grün-Rot ideologisch vorbereitet, von der Merkel-CDU gefördert und „verwaltet“ – betrachtet die AfD als Katastrophe für Deutschland und als schwere Belastung für die künftigen Generationen. Die Integrationskraft unseres Landes reicht bei weitem nicht aus, um die derzeitigen Zuwandererzahlen zu bewältigen. Bleiben sie unverändert hoch, dann werden Parallelgesellschaften, die Überlastung der Sozialsysteme, schwere Gefährdungen der inneren Sicherheit und soziale Unruhen unweigerlich die Folge sein. Die AfD fordert mit Nachdruck die Einhaltung der geltenden Gesetze und, daraus folgend, die unverzügliche Beendigung des Massenzustroms größtenteils nicht integrierbarer, kulturfremder Menschen in unser Land.

Die AfD beharrt darauf, dass es das Recht und die Aufgabe eines souveränen Staates ist, selbst zu bestimmen, wer seine Grenzen überschreitet und wer sich dauerhaft auf seinem Territorium aufhalten darf. Diesem Recht mit umfassenden Grenzkontrollen und notfalls auch mit Grenzzäunen Geltung zu verschaffen, ist ein elementares Gebot staatspolitischer Vernunft und Verantwortung. Die Regierungsparteien in Berlin und Stuttgart, die die AfD aufgrund dieser Forderungen als „ausländerfeindlich“ und „rechtspopulistisch“ diffamieren, haben nicht nur alle Verantwortung für das eigene Volk abgelegt, sie handeln in zynischer Weise als Saboteure unseres Staates und unserer Gesellschaft. Im Gewand der Bürgerlichkeit zerstören sie die bürgerliche Ordnung. Die AfD gibt dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form.

Der Kampf um den Erhalt bürgerlicher Errungenschaften und Tugenden beginnt in der Schule. Die AfD wendet sich mit Entschiedenheit gegen die von der grün-roten Landesregierung beabsichtigte Planierung unseres leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen. Gymnasium und Realschule müssen erhalten bleiben. Einer zu frühen Festlegung der Kinder auf einen Schultyp kann mit einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen den Schultypen entgegengewirkt werden. Auch das Konzept der Inklusion sieht die AfD kritisch, da es weder den schwer lernbehinderten Kindern, noch der Mehrheit der Nicht-Lernbehinderten gerecht wird. Stattdessen sollte das vorbildliche deutsche Sonderschulsystem erhalten werden, das aus rein ideologischen, nicht aus sachbezogenen Gründen unter Beschuss geraten ist.

Im Zeichen der Verantwortung für unsere Kinder steht die Forderung der AfD nach Beendigung der Frühsexualisierung und anderer ideologischer Beeinflussungen in Schulen und sogar Kindergärten, wie sie der grün-rote Aktionsplan und der Bildungsplan vorsehen. Ein Staat, der sein Bildungsmonopol für Eingriffe in die Intimsphäre und ideologische Indoktrinationen der ihm anvertrauten Kinder missbraucht, ist auf dem Weg zur Gesinnungsdiktatur. Dem stellt die AfD ein konsequent freiheitliches Menschen- und Gesellschaftsbild entgegen: Jeder soll nach seiner Façon selig werden, aber niemandem darf

vorgeschrieben werden, welche Lebensform er gut zu finden hat. Nirgendwo gibt es heute noch nennenswerte Diskriminierung Homosexueller und anderer sexueller Minderheiten – und das ist auch gut so. Der grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne des „Gender Mainstreaming“ geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel.

Die Politik des „Gender Mainstreaming“ mit all ihren Folgeerscheinungen wie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab. Sie setzt sich für den Schutz der traditionellen Ehe und Familie ein und erinnert an das Gebot der Gleichberechtigung in unserem Grundgesetz, dem staatlich verordnete Quoten Hohn sprechen. Nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau gehen Kinder hervor, die die nächste Generation unserer Gesellschaft bilden. Der Schutz, die Förderung und die steuerliche Entlastung der Familie sind daher überlebensnotwendig für jedes Volk, das nicht seine eigene Abschaffung betreiben will. Wie in ganz Deutschland, so werden auch in Baden-Württemberg schon seit Jahrzehnten viel zu wenige Kinder geboren. Diese Lücke durch Zuwanderung kompensieren zu wollen, ist von der demographischen Forschung längst als Illusion entlarvt worden. Neben einer auf das zuträgliche Maß begrenzten und nach Kriterien gesteuerten Einwanderung ist es daher vor allem notwendig, die Geburtenrate in unserem Land zu steigern. In diesem Sinne setzt sich die AfD für eine „Willkommenskultur für Kinder“ ein, die auch eine Reduzierung der viel zu hohen Abtreibungszahlen mit sich bringen würde.

Befreiung von grün-roter Bevormundung tut auch auf dem Gebiet der Wirtschaft not. Auf bundes- und europapolitischer Ebene kämpft die AfD mit unvermindertem Einsatz für eine Beendigung der völlig verfehlten Euro-Rettungspolitik, die unserer Volkswirtschaft auf lange Sicht schweren Schaden zufügt. Die internationalen Abkommen CETA, TTIP und TISA, die unter dem Deckmantel des Freihandels wesentliche Souveränitätsrechte und die Demokratie unseres Landes zu untergraben drohen, lehnt die AfD konsequent ab. Sie steht außerdem für eine Beendigung der Russland-Sanktionen, die den Ukraine Konflikt nicht lösen, der Wirtschaft Deutschlands und Baden-Württembergs aber empfindlich schaden. Auf landespolitischer Ebene will die AfD vor allem dafür sorgen, dass der Mittelstand, der den Wohlstand unseres Landes im Wesentlichen generiert, von den unzähligen bürokratischen Hemmnissen und Überregulierungen befreit wird, die ihn knebeln. Die Landespolitik muss sich als Partner der Wirtschaft verstehen und nicht als ihre zentrale Regulierungsbehörde. Zugleich zeigt sich die Regierung viel zu nachsichtig gegenüber internationalen Großunternehmen, die oft gar keine Steuern in unserem Land mehr bezahlen. Die AfD steht auf dem Standpunkt, dass Steuern dort bezahlt werden müssen, wo die tatsächliche Geschäftstätigkeit stattfindet und nicht im Land des Firmensitzes.

Mit der „Energiewende“ hat unsere Bundesregierung die Energiepolitik von physikalischer und ökonomischer Faktenorientierung auf rein ideologische Grundlagen umgestellt. Der hochsubventionierte Strom aus den erneuerbaren Energien muss in Spitzenzeiten gegen deutsche Zuzahlungen ins Ausland abgeführt werden, damit das Stromnetz keinen Schaden nimmt. Wird sein Anteil noch weiter gesteigert, wie es die Regierungen in Berlin und Stuttgart beabsichtigen, dann droht die Versorgungssicherheit in Deutschland verloren zu gehen. Die Rechnung für diesen Irrweg bezahlen die Bürger, für die sich der Strompreis in wenigen Jahren

verdoppelt hat. Trotz alledem setzt die Landesregierung im windschwachen Baden-Württemberg unbeirrt auf den weiteren Ausbau der Windkraft. Dass dabei Kulturlandschaften zerstört werden und die Gesundheit der Anwohner teils schwer beeinträchtigt wird, kümmert die grün-roten Ideologen nicht. Die AfD fordert ein Ende dieses ökonomischen und ökologischen Irrsinns und plädiert für ein zehnjähriges Moratorium, während dessen der gegenwärtige Energiemix beibehalten werden soll.

Die Alternative für Deutschland ist bereit, in Baden-Württemberg politische Verantwortung zu übernehmen. Gemeinsam mit Ihnen, den Bürgern, können wir eine bessere Zukunft für unser schönes Land erreichen!

II. Für mehr Sicherheit und eine wirksamere Verbrechensbekämpfung

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Kürzungspolitik bei Justiz und Polizei, ihre Ignoranz der Kriminalitätsentwicklung sowie ihre falsche Einschätzung der Einwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu verantworten. Nicht nur das subjektive Bedrohungsgefühl der Bürger hat zugenommen, wie oft beschwichtigend behauptet wird; die Kriminalitätsstatistiken belegen objektiv, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist.

Überlastete Polizei und Justiz, rechtsfreie Räume, Parallelgesellschaften und die Empfehlung der Politik, Türen und Fenster besser gegen Einbruch abzusichern, sind ein Offenbarungseid unserer Regierung. Eine Rechtsprechung mit dem Schwerpunkt Täterschutz statt Opferschutz ist ein weiteres Ergebnis einer unverantwortlichen Politik. Straftaten aufgrund religiöser und ethnischer Konflikte werden nur äußerst unzureichend rechtlich verfolgt.

Die AfD fordert deshalb, dass die Strafgesetze endlich wieder konsequent angewendet und Justiz und Polizei mit den notwendigen rechtlichen, personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden.

Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten

Sachbeschädigungen sind konsequenter als bisher zu verfolgen und strenger zu ahnden.

Innere Sicherheit bedeutet auch, die Unversehrtheit der Städte, der Häuser und Geschäfte, der Passagen und Bahnhöfe als Orte des öffentlichen und privaten Lebens zu gewährleisten. Sachbeschädigungen, insbesondere auch an öffentlichen Gebäuden, sind konsequenter als bisher zu verfolgen und strenger zu ahnden. Die AfD fordert diesbezüglich einen Vandalismus-

Paragrafen im Strafgesetzbuch, damit eine bessere Ahndung solcher Delikte ermöglicht wird. Die gegenwärtige Rechtslage gilt es auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls den Straftatbestand der Sachbeschädigung vom Antrags- in ein Officialdelikt zu erheben.

Einbrechern das Handwerk legen

Die Bürger in Baden-Württemberg sollen sich in ihrem Zuhause wieder sicher fühlen können. Durch verstärkte polizeiliche Präsenz vor Ort, abgestimmte bundesweite Maßnahmenpakete, intensivere Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie die bessere Nutzung vorhandener Daten kann Wohnungseinbrüchen wirkungsvoll begegnet werden.

Seit 2006 hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche in Baden-Württemberg mehr als verdoppelt. Die bisherigen Erfolge bei der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen waren trotz enormer personeller und konzeptioneller Anstrengungen sehr gering. Nur jeder vierzehnte Wohnungseinbruch konnte 2014 in Baden-Württemberg aufgeklärt werden. Dies belegt, dass die momentan verfügbaren personellen Ressourcen und Instrumentarien unzureichend sind. Verkehrsüberwachungsdaten (Maut, Verkehrsflussdaten usw.) sollen jedoch nur unter Richtervorbehalt zur Verbrechensaufklärung genutzt werden können. Die AfD fordert daher mindestens 20 Prozent mehr Polizisten im Streifendienst sowie eine Verdoppelung der Stellen im Einbruchdezernat.

Wirksame Bekämpfung von Banden aus dem Ausland

Die AfD fordert Maßnahmen zur Steigerung der Aufklärungsquote von Straftaten. Dies gilt insbesondere für die Einbruchskriminalität, die durch Banden ausländischer Herkunft, die die offenen Grenzen nutzen, verursacht wird.

Die Zahl der Eigentumsdelikte, vor allem der Wohnungseinbrüche, durch reisende Tätergruppierungen ist in Baden-Württemberg sprunghaft angestiegen. Bei der Bekämpfung dieser ausländischen Banden kommt – neben verstärkten Kontrollen an den Grenzen und der besseren Zusammenarbeit mit den Behörden der Herkunftsländer – der Nutzung aller verfügbarer Daten eine wesentliche Rolle zu. Dazu muss die Gesetzgebung entsprechend angepasst werden, wobei auf den Datenschutz der rechtstreuen Bürger Rücksicht zu nehmen ist.

Schwerstkriminalität und Kinderpornografie konsequent bekämpfen

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie anzugehen. Dies erfordert weitreichende gesetzliche Regelungen.

Dazu gehört, dass Daten von Verdächtigen, jedoch nur mit Richterbeschluss, über einen längeren Zeitraum, z.B. auch bei den privaten Telefon- und Internetfirmen, gespeichert

werden können, um im Einzelfall und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze – wie dem Richtervorbehalt – für Ermittlungszwecke verwendet zu werden. Mafiöse Strukturen, Familien-Clans, Rockerbanden und andere Gruppierungen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, zwingen Frauen, Mädchen, manchmal auch junge Männer zur Prostitution und begehen Diebstähle, Raubtaten und Körperverletzungen bis hin zum Mord. Konspiration und Abschottung sind Kennzeichen der organisierten Kriminalität, der politisch motivierten Kriminalität und der pädophilen Straftäter. Mit herkömmlichen Mitteln ist der Polizei ein Zugang in diese Kreise meist nicht möglich. Bei der Datenspeicherung werden bei den Providern Informationen darüber aufbewahrt, wer wann mit wem telefoniert oder E-Mails geschrieben hat. Mit den erfassten Daten können Täterstrukturen erkannt, Bewegungsprofile erstellt und Beweismittel länger erhoben werden. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Kriminalstatistik reformieren für eine effektivere Integration und Strafverfolgung

Die AfD tritt dafür ein, dass die polizeiliche Kriminalstatistik eine Differenzierung von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund zulässt. Damit sollen Prävention wie auch Integrationsmaßnahmen verbessert werden.

Erfolgreiche Integration beugt Straftaten vor. In Deutschland leben Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integration ist bei vielen erfolgreich verlaufen, bei einigen ist sie jedoch noch nicht abgeschlossen, bei manchen hat sie noch nicht einmal begonnen. Wirkungsvolle Integration setzt dort an, wo sie am dringendsten benötigt wird, nämlich bei straffällig gewordenen Menschen mit Migrationshintergrund. Aus der polizeilichen Kriminalstatistik kann dieser Personenkreis bislang nicht herausgelesen werden, da er in der Gesamtgruppe der Tatverdächtigen geführt wird. Nur eine polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die relevante Daten aufführt, kann als geeignetes Instrument bei der Strafverfolgung sowie bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen genutzt werden. Eine Beeinflussung der Datenerhebung aus vermeintlich politisch korrekten Beweggründen hat zu unterbleiben.

Extremismus bekämpfen

Die AfD ist gegen jede Form von Extremismus. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus alleine der Polizei und dem Verfassungsschutz zu überlassen, ist nicht ausreichend, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden.

Die Gesellschaft, insbesondere Jugendliche, müssen über die Gefahren des Islamismus und des Linksextremismus ebenso aufgeklärt und gegen diese aktiviert werden, wie das in den letzten Jahrzehnten bereits gegen den Rechtsextremismus praktiziert wurde. Vereinigungen, die sich – etwa in Form radikaler Hasspredigten oder durch die Verbreitung strafrechtlich relevanter Wertvorstellungen – gegen das Grundgesetz und damit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, oder die gegen das friedliche

Zusammenleben der Völker gerichtet sind, müssen von den zuständigen Behörden verboten und konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

Effektiven Verfassungsschutz gewährleisten

Der Landesverfassungsschutz ist zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Sicherheit und Unabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland effektiver zu gestalten als bisher.

Es ist zu prüfen, ob dies mit den bisherigen Strukturen am besten zu erreichen ist oder ob die Ämter für Verfassungsschutz auf Landesebene mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer Behörde mit Außenstellen in den Bundesländern zusammengefasst werden sollen.

Bürgerpflichten wahrnehmen

Die Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg erkennt das Eintreten der Bürger für ihr Gemeinwesen als notwendige und ehrenvolle Pflicht an. Die Bundeswehr, wie auch Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und die Sozialdienste werden von erheblichen Nachwuchssorgen geplagt, die durch sinkende Geburtenzahlen noch größer zu werden drohen im Falle eines Notstands oder im Katastrophenfall ist die Sicherheit der Baden-Württemberger nicht mehr flächendeckend gewährleistet.

Dazu fordern wir:

- Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht für männliche Deutsche
- Die finanzielle und ideelle Stärkung zivilen bürgerschaftlichen Engagements
- Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren über die Streitkräfte; das sollen sie weiterhin und ohne Beschränkung an Baden-Württemberger Schulen tun dürfen
- Wir regen an einen „Tag des Heimatschutzes“ einzuführen an dem Bundeswehr, Feuerwehren, Polizei und THW über ihre Arbeit informieren

Zudem ist mit dem Bund, den Ländern und Kommunen ein Konzept der ganzheitlichen Sicherheitsvorsorge zu erarbeiten.

Der Polizei den Rücken stärken

Die Polizei stärken

Die AfD setzt sich dafür ein, dass in der Polizei Baden-Württembergs dringend benötigte Personalstellen geschaffen werden und polizeifremde Aufgaben entfallen.

Garant der inneren Sicherheit ist unsere Polizei. Gemessen an der Einwohnerzahl gibt es in Baden-Württemberg im Bundesvergleich jedoch die wenigsten Polizeibeamten. In unserem Land ist ein Polizeibeamter für 454 Bürger zuständig, in Mecklenburg-Vorpommern kommen

auf einen Polizisten dagegen nur 301 Einwohner. Um die Quote Mecklenburg-Vorpommerns zu erreichen, müssten in Baden-Württemberg über 10.000 (!) zusätzliche Stellen geschaffen werden. Jährlich hunderttausende Überstunden und eine andauernde Überbelastung der Polizeibeamten sind die Folge der Stellenknappheit. Zusätzlich sieht sich die Polizei regelmäßig – zum Beispiel bei Profiligaspielen – großen Belastungen ausgesetzt. Profivereine sollten verpflichtet werden, wo immer es möglich ist, private Sicherheits- und Ordnungskräfte engagieren.

Polizeibeamte leistungsgerecht bezahlen

Wer im Dienst der Allgemeinheit sein eigenes Leben einsetzt, muss angemessen entlohnt werden. Die AfD fordert daher die Abschaffung der mittleren Dienstlaufbahn im Polizeiberuf.

Tausendfache Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte allein in Baden-Württemberg jedes Jahr sowie im Dienst getötete Beamte zeugen von der großen Gefährlichkeit dieses Berufs. Deshalb sind für die AfD Wertschätzung, gute Ausstattung und vor allem eine leistungsgerechte Bezahlung der Polizei eine Selbstverständlichkeit.

Schutz der Polizeibeamten erhöhen

Die AfD fordert den Versuchsbetrieb sogenannter Bodycams und – bei positiven Ergebnissen - deren flächendeckende Einführung im Dienst. Ebenso ist eine generelle Verbesserung der Polizeiausrüstung notwendig. Die Strafandrohung bei tätlichen Angriffen und Beleidigungen gegen Polizeibeamte muss zudem verschärft werden.

Bodycams werden an der Uniform getragen und zeichnen den Einsatzverlauf der Beamten auf. Im Probetrieb hat dies in Frankfurt dazu geführt, dass in neun Monaten nur ein mit einer Kamera ausgerüsteter Beamter angegriffen wurde. In demselben Zeitraum wurden 61 Beamte ohne Kamera angegriffen. Der Einsatz wirkt deeskalierend, wenn der potentielle Täter Kenntnis davon hat, dass sein Verhalten aufgenommen wird und gerichtsverwertbar nachweisbar ist. Darüber hinaus ist es notwendig, Polizei und Vollzugsbeamte mit effektiven Selbstschutzmitteln, wie stich- und schussicheren Westen, flächendeckend auszustatten.

Polizeibeauftragte einsetzen

Wir fordern, im Landtag Baden-Württemberg einen Polizeibeauftragten einzusetzen, analog zum Wehrbeauftragten des Bundestages. Die Polizei ist dem Parlament verpflichtet und dient dem Schutz der Demokratie. Das heißt aber auch, dass das Parlament sich um die Belange der Polizeibediensteten kümmern muss.

Der Landespolizeibeauftragte soll einerseits die Kontrolle der Polizeiorganisation durch den Landtag sicherstellen, andererseits aber auch Anwalt der Polizeibeamten sein. Er soll dem

Parlament regelmäßig über die innere Struktur, Personalausstattung und Arbeitsbedingungen innerhalb der Polizei berichten.

Effektivität im Justizsystem wieder herstellen

Die Justiz stärken

Die AfD fordert, dass die Arbeitsfähigkeit der Justiz durch angemessene personelle und materielle Ausstattung gestärkt wird, um vor allem Gewaltdelikten und organisierter Kriminalität entgegentreten zu können.

Haushaltspolitik muss die Voraussetzungen für eine effektive Justiz schaffen und darf sie nicht aushöhlen. Durch die steigende Komplexität der Justizverfahren und den steten Personalabbau im Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind diese Institutionen kaum noch in der Lage, die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Überlange Strafverfahren mit zu milden Urteilen bis hin zu Entlassungen dringend tatverdächtiger Straftäter aus der Untersuchungshaft sind die Folge. Dies gefährdet das Vertrauen der Bürger zum Rechtsstaat.

Recht sprechen

Die AfD fordert, dass im Strafverfahren die Wahrheitsfindung im Mittelpunkt steht und der so genannte „Deal“ die Ausnahme ist. Bei Strafverfahren müssen am Ende Urteile und keine Vergleiche stehen.

Urteilsabsprachen im Strafverfahren, die einer quasivertraglichen Vereinbarung zwischen dem Gericht und den Verfahrensbeteiligten gleichkommen, stehen mit dem Rechtsempfinden der meisten Bürger nicht im Einklang und beeinflussen das Ansehen der Justiz sowie das Vertrauen der Bevölkerung in deren Unabhängigkeit nachteilig. Im Strafrecht haben Geschädigte und die Angeklagten ein Recht auf ein Urteil. Die Verschleppung von Strafprozessen drängt die Parteien zu oft zu Vergleichen. Dadurch werden Streitfälle gleichzeitig einer Kontrolle durch höhere Instanzen entzogen. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch Prominentenboni bei der Strafzumessung ab. Wer das Gesetz bricht, soll ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bestraft werden.

Opfer- und Zeugenschutz stärken

Die AfD fordert, dass zukünftig jedem Opfer einer schweren Straftat auf Staatskosten ein Opferanwalt zur Seite gestellt wird, analog zum Pflichtverteidiger für den Täter.

Zur nachhaltigen Verfolgung der organisierten Kriminalität sowie zur Aufklärung von Gewaltverbrechen ist eine weitere Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Zeugen und andere Verfahrensbeteiligte, auch Staatsanwälte und Polizeibeamte, sind wirksam vor einer Beeinflussung oder gar der Rache von Straftätern oder ihrer Hintermänner

zu schützen. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen, zum Opfer wird, oder dass Straftäter nicht verurteilt werden, weil sie Verfahrensbeteiligte einschüchtern. Straf- und Zivilrechtsverfahren müssen zwingend in einem sogenannten Adhäsionsverfahren zusammengeführt werden, um eine angemessene und zeitnahe Opferentschädigung zu gewährleisten.

Paralleljustiz nicht tolerieren

Die AfD ist gegen jegliche Art von Paralleljustiz und fordert deren konsequente Verfolgung im Rahmen des geltenden Rechts. Wir lehnen des Weiteren eine Aufweichung der bestehenden deutschen Strafgesetzgebung aufgrund Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen ab.

Die rechtsprechende Gewalt ist gemäß dem Grundgesetz Richtern anvertraut, die sich als Berufsrichter und ehrenamtliche Richter um die Verwirklichung der Rechtsordnung kümmern. Das Gewaltmonopol obliegt ausschließlich dem Staat. In unserem Land sind islamische Friedensrichter aktiv, die bestrebt sind, Konflikte nach dem Gesetz der Scharia zu regeln. Eine wirksame Gegenstrategie ist seitens der Politik und der Sicherheitsbehörden bislang nicht erkennbar bzw. nicht entwickelt worden.

Wiederholungstätern wirksamer Grenzen setzen

Die AfD fordert bei Mehrfachtätern konsequenter als bisher die vorgesehenen Höchststrafen zu verhängen. Sicherungsverwahrung und – bei Immigranten – Entzug der Aufenthaltserlaubnis dürfen kein Tabu mehr darstellen.

Wer als Ausländer in Deutschland schwere Straftaten begeht oder wiederholt straffällig wird, muss damit rechnen, dass er damit sein Gastrecht verliert und ausgewiesen wird. Darüber hinaus müssen die kriminalitätsbezogenen Ausschlussgründe für die Einbürgerung verschärft werden. Wo Prävention und Resozialisierungsmaßnahmen nicht erfolgreich sind, muss dem Schutz der Bevölkerung klar der Vorrang vor den individuellen Interessen von Straftätern eingeräumt werden. Jeder Vierte der in der Kriminalitätsstatistik stark überproportional vertretenen ausländischen Tatverdächtigen ist Wiederholungstäter. Im Jahr 2013 wurden 20.000 ausländische Tatverdächtige mehr als fünfmal bei der Polizei angezeigt. Bislang ist eine zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren vorgesehen. Diese Hürde muss in angemessener Weise gesenkt und um zusätzliche Ausweisungsgründe erweitert werden.

Verrohung bei Jugendlichen wirksam entgegentreten

Die AfD tritt dafür ein, die Unterscheidung nach Jugend- und Heranwachsendenstrafrecht aufzuheben. Bei Gewaltdelikten sind bloße Fingerzeige generell fehl am Platz. Die AfD ist auch gegen Erlebnispädagogik bei jugendlichen Intensivstraftätern.

Wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, besitzt die nötige Reife, zwischen Recht und Unrecht unterscheiden zu können. Die Brutalität, mit der Konflikte ausgetragen werden, gibt Anlass zu großer Sorge. Die gerichtlich verhängten Sanktionen werden, insbesondere von Wiederholungstätern, oft nicht ausreichend als Strafe empfunden und motivieren letztlich zu weiteren Taten. Wer keine Achtung vor dem Leben anderer hat, soll die Konsequenzen des Erwachsenenstrafrechts spüren, sobald er das 18. Lebensjahr vollendet hat.

III. Für mehr direkte Demokratie, Bürgerrechte und Datenschutz

Bürgerbeteiligung stärken – mehr direkte Demokratie für unsere Bürger

Die AfD setzt sich für mehr direkte Demokratie in Deutschland ein. Auch die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg soll wesentlich weiter ausgebaut werden. Entsprechend unterstützen wir Ansätze, Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf Länder- und Kommunalebene zu senken und so eine größere Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Baden-Württemberg hatte hier im Ländervergleich bislang hohe Defizite aufzuweisen, deshalb sind weitere Maßnahmen zur Senkung von Quoren und zur umfassenden Förderung der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg notwendig.

Im Weiteren muss sich das Land Baden-Württemberg wirkungsvoll dafür einsetzen, dass Volksbegehren, Volksentscheide und weitere Instrumente der direkten Demokratie auch auf Bundesebene eingeführt werden.

Das Demonstrationsrecht garantieren

Die AfD fordert, allen Bestrebungen nach Einschränkung des Demonstrationsrechts klar und deutlich entgegenzutreten. Behinderungen von Demonstrationen sind als Straftatbestand auch tatsächlich zu verfolgen. Bereits der Angriff auf die Polizei ist als Straftat zu ahnden.

Das Demonstrationsrecht ist ein elementares Rechtsgut. Nur bei Demonstrationen, die sich gegen das Grundgesetz, gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit und Unabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland richten, sind Verbote notwendig. Demonstrationsverbote der Ordnungsbehörden werden zwar in der Regel von Verwaltungsgerichten aufgehoben, jedoch wird in der Folge dieses Demonstrationsrecht wieder über polizeiliche Anordnungen eingeschränkt. Auch bei genehmigten Veranstaltungen wird sehr oft das Demonstrationsrecht mit dem Verweis auf polizeilichen Notstand eingeschränkt. Zuweilen erhalten Gruppen und Organisationen außerdem zu viel Freiraum, um gewalttätig gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorzugehen. Der Staat als

Hüter des Rechts ist zu oft nicht in der Lage oder willens zu garantieren, dass alle Bürger ihre demokratischen Rechte, insbesondere die der Meinungs- und Demonstrationenfreiheit, auch tatsächlich wahrnehmen können. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der bloße Angriff auf die Polizei derzeit nicht strafbar ist. Die Landesvertretungen der Polizei fordern daher die Sanktion des Angriffs in einem neuen § 115 StGB. Die AfD unterstützt diese Forderung.

Rundfunkgesetzgebung reformieren – Pflichtbeiträge abschaffen

Die Rundfunkgesetzgebung ist dringend zu reformieren. Die jetzigen Pflichtbeiträge haben den Charakter einer Steuer, der zugrundeliegende Rundfunkstaatsvertrag ist deswegen zu kündigen. Stattdessen soll die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks entweder aus dem allgemeinen Haushalt des Bundes oder einer zugangsgebundenen Nutzergebühr erfolgen. Auf Werbung im öffentlichen Rundfunk soll in Zukunft verzichtet werden.

Aufgrund des Einflusses neuer Kommunikationsformen befindet sich der Rundfunk, wie er durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausgeformt wurde, in einem sich beschleunigenden Veränderungs- wenn nicht gar Auflösungsprozess. Seine Regulierung, die ihm die Anpassung an die Medienwirklichkeit erschwert, beruht auf einem Verfassungsverständnis, das zunehmend den Bezug zur tatsächlichen Situation verliert. Die deutsche Bundesregierung und die Landesregierungen sind einem Modell der gelenkten Demokratie als Herrschaftsinstrument verhaftet. Die AfD will zur Vermeidung korruptionsanfälliger Strukturen bei politischen Verantwortlichen und Entscheidungsträgern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, endlich die geforderte Staatsferne herstellen.

Die Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) reformieren

Eine Landesbauordnung muss den Bedürfnissen der Bauherren und Bürger Rechnung tragen und nicht den Wohnungsbau verhindern

Durch immer neue und teilweise absurde Vorgaben – z.B. erneuerbare Heizenergie, überdachte Fahrradstellplätze, Begrünung von Fassaden – wird der Wohnungsbau verteuert oder behindert. Wir fordern das Recht der Bürger ein, selbst über ihre Belange entscheiden zu können. Eigenverantwortung führt zu informierten Bürgern. Informierte Bürger treffen die für sie richtigen Entscheidungen.

Keine Verschärfung des Waffenrechts

Die AfD fordert, das Waffenrecht im Wesentlichen in seiner derzeitigen Form zu belassen. Das Bedürfnisprinzip für den legalen Waffenbesitz hat sich bewährt. Wir stehen zum Schießsport in der derzeitigen Form. Die Jagdausübung darf nicht behindert werden.

Unser Waffengesetz ist eines der strengsten weltweit. Weitere Verschärfungen gingen zu Lasten der legalen Waffenbesitzer, der Sportschützen und Jäger. Ein Beleg dafür, dass noch mehr Restriktionen zu mehr Sicherheit führen, liegt nicht vor. Wir sind gegen kostenpflichtige

Kontrollen, zentrale Waffenlagerung in Schützenhäusern und gegen Waffensteuern als Mittel der Einschränkung des legalen Waffenbesitzes. Bestehende Unklarheiten im Waffengesetz sind zu reformieren. Gegen illegalen Waffenhandel und illegalen Waffenbesitz ist konsequent vorzugehen.

Anbiervielfalt beim Internetzugang gewährleisten

Die AfD lehnt Vectoring und die damit einhergehende Re-Monopolisierung des Internetzugangs ab. Die AfD fordert den Ausbau von Glasfaseranschlüssen unter Beibehaltung marktwirtschaftlicher Strukturen.

Noch kann jeder Bürger seinen Internetzugangsanbieter auswählen. Mit Vectoring ist es möglich, die Datenrate auf den bestehenden Kupferkabeln zu erhöhen. Technisch bedingt führt dies aber zur Monopolstellung eines Anbieters. Eine weitere Konsequenz des Vectoring wird ein verzögerter oder gar ausbleibender Glasfaserausbau sein.

Nutzerdiskriminierung im Internet vermeiden – Netzneutralität wahren

Die AfD ist dafür, allen Nutzern Daten mit gleicher Übertragungspriorität zur Verfügung zu stellen. Eine Diskriminierung, z.B. über Bezahlmodelle für bestimmte Inhalte, lehnen wir ab.

Die AfD betrachtet auch die Netzneutralität als wesentliches Bürgerrecht. Nur diese Netzneutralität ermöglichte das dynamische Entstehen des Internets zu der heute bekannten Form. Unnütze Regulierung und Einschränkungen werden die Fortentwicklung des Internets behindern oder Einzelinteressen unterwerfen.

Datenschutz garantieren

Cyberkriminalität effektiver bekämpfen

Die AfD sieht in der Kriminalität im Internet eine der größten Gefahren für die innere Sicherheit unseres Landes überhaupt. Prävention und Bekämpfung dieser ständigen Bedrohung erfordern hochqualifiziertes Personal, wofür ausreichend Stellen mit attraktiver Dotierung und notwendiger Sachmittelausstattung und Kooperationsvoraussetzungen mit der Wirtschaft geschaffen werden müssen.

In einer durchgehend vernetzten Welt sind hochsensible Daten und technische Anlagen permanent in Gefahr. Das gilt für die persönlichen Daten der Bürger gleichermaßen wie für das weltweit begehrte Fachwissen unserer baden-württembergischen Betriebe. Wir können es uns nicht länger leisten, der Bedrohung durch Cyberkriminalität so zu begegnen, als wäre sie nur eine nachrangige Kriminalitätsform. Hier sind national und international abgestimmte Standards erforderlich. Die persönlichen Daten bestimmen unsere Identität mit. Die Wahrung

von Know-how ist essentiell für unsere Wirtschaft und damit für unseren Wohlstand. Eine effiziente Bekämpfung der Cyberkriminalität stärkt damit in grundlegender Form unsere Zukunft.

Sensible Daten besser schützen

Die AfD steht für den bestmöglichen Schutz sowohl vor staatlichen Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als auch vor Cyber-Attacken durch fremde Staaten oder Kriminelle.

Der Staat muss allgemein verbindliche Sicherheitsstandards vorgeben, um Angriffen auf Infrastruktur, Industriebetriebe, Behörden aber auch Privatpersonen von außen wirksam entgegenzutreten zu können. Der gesamtwirtschaftliche Schaden durch Industriespionage erreicht Milliardenbeträge. Angriffe auf die Integrität und Sicherheit von Datensystemen sowie deren Missbrauch bergen ein hohes Gefahrenpotenzial. Die wirkungsvolle Bekämpfung erfordert die Kooperation mit den Spezialisten aus Wirtschaft, Polizei, Telekommunikationsunternehmen und aus der Forschung. Der Staat darf auf die Daten seiner Bürger nur zugreifen, wenn es um den Erhalt von Freiheit und Sicherheit geht und selbst dann nur unter Richtervorbehalt sowie unter strengster Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgebots.

IV. Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs

Deutschland nimmt seit Jahren die weitaus meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf, die – in der Regel illegal – nach Europa einreisen. Im Jahr 2015 werden es nach offiziellen Schätzungen weit mehr als eine Million sein. Die Bundeskanzlerin hat sich im September 2015 in einer historisch einmaligen Fehlleistung sowohl über ihren Amtseid als auch über nationales wie supranationales Recht hinweggesetzt und die Grenzen für tatsächliche oder angebliche Flüchtlinge faktisch abgeschafft. Sie hat die Entscheidung darüber, wer kommen und bleiben darf, in die Hände illegaler Einwanderer selbst gelegt. Das hat eine ungeheure Sogwirkung ausgelöst, in deren Folge sich Hunderttausende auf der Suche nach einem besseren Leben zu uns auf den Weg gemacht haben. Sie sind nun Vorbild für hunderte Millionen Umsiedlungswillige weltweit.

Nach der faktischen Zerstörung des Dublin-III-Abkommens durch die Bundeskanzlerin werden wir Zeugen einer Völkerwanderung unter missbräuchlicher Berufung auf das Asylgrundrecht. Sie droht, die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zertrümmern, wenn sie nicht umgehend gestoppt wird. Konflikte aus aller Welt sowie unüberbrückbare kulturelle Unterschiede werden mit den Migranten in unser Land importiert und reichern sich zu einer explosiven Mischung an. Die etablierten Parteien und die mehrheitlich freiwillig „gleichgeschalteten“ Medien jedoch

bemühen sich nach Kräften im Verschweigen, Verharmlosen und Manipulieren. Kritiker des herrschenden Asylchaos werden auf die übelste Weise diffamiert.

Die AfD lässt sich davon nicht einschüchtern. Sie ist die einzige demokratische Kraft, die dem schrankenlosen Einwanderungswahn und der Willkommensdiktatur der Altparteien widersteht und auch auf diesem Gebiet wirkliche Opposition leistet. Die AfD spricht Klartext: Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“. Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht, vielmehr brechen sie, angelockt von Versprechungen der Bundeskanzlerin, überwiegend aus den heimatnahen Auffanglagern oder Drittländern auf, in denen sie bereits sicher waren. Sie sind in der weit überwiegenden Mehrzahl minder- oder unqualifiziert; dasselbe gilt für ihre Familienangehörigen, die in Millionenzahl nachziehen werden. Sie alle wandern direkt in die deutschen Sozialsysteme ein, die unter der Wucht dieses Aufpralls vor dem Zusammenbruch stehen. Eine Integration dieser Masse in Staat und Arbeitsmarkt ist unmöglich.

Das Asylgrundrecht, in bester Absicht für wenige geschaffen, ist durch die Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung wie auch der grün-roten Landesregierung von einer Zierde des Landes zur akuten Gefahr für dessen Existenz geworden. Es muss daher nach dem Vorbild fast aller anderen Staaten der Welt zu einem Gesetz transformiert werden, welches dem Staat die Kontrolle über Art und Ausmaß der Zuwanderung ermöglicht.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sieht die AfD als endgültig gescheitert an. Es fördert die Entstehung von Parallelgesellschaften und gefährdet damit den sozialen Frieden in unserem Land. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist vielmehr die uneingeschränkte Akzeptanz der Wertefundamente unserer Gesellschaft, die aus der christlich-abendländischen Kultur, der aufgeklärten Vernunft und unser freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Diese müssen wir verteidigen. Nur ein Land, das selbstbewusst für seine Werte und Gesetze einsteht, wird auch in der Lage sein, Zuwanderer effektiv zu integrieren.

Asylrecht reformieren

Keine Gesellschaftsexperimente auf Kosten unserer Kinder

Eine unheilvolle Koalition aus dem Kartell der Altparteien und den Medien versucht, die Bevölkerung zu manipulieren, um ihre utopischen Vorstellungen von einem „Schmelztiegel Deutschland“ durchzusetzen. Angesichts über einer Million teilweise unkontrollierter Zuwanderer pro Jahr wännen sie sich ihrem Ziel nahe.

Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, ziehen alle Register der Massenpsychologie und Massensuggestion, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie werden darin von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft unterstützt. Frau Merkel schließt eine Obergrenze der Zuwanderung aus, und begründet das mit „humanitären Verpflichtungen“. Verpflichtungen gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes sind ihr unbekannt. Sie lockt damit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt. Die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder darf nicht derart verantwortungslosen politischen Hasardeuren überlassen werden.

Die Massenzuwanderung ist eine schwere Gefährdung unserer Zukunft

Wir fordern eine Politik, die die Interessen des eigenen Landes und der einheimischen Bevölkerung wieder ins Zentrum rückt, anstatt sich nur an jenen der Asylbewerber zu orientieren. Humanitäre Hilfe bejahen wir – sie muss aber vorübergehend sein und vor allem in den Herkunftsregionen erbracht werden.

Für 2015 werden mindestens eine Million (1.000.000) Asylantragsteller aus aller Welt in Deutschland erwartet, einschließlich der Konflikte ihrer Heimatländer und ihrer teilweise archaischen Sitten und Gebräuche. Ihre Integration ist unmöglich. Hält die Dynamik der Vorjahre an, wird in wenigen Jahren die Bevölkerungszahl ganz Baden-Württembergs zugewandert sein. Das wird katastrophale Folgen für die innere Sicherheit haben. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das im Innern so friedlich und sozial bleibt, wie wir es heute kennen. Es bedarf daher eines sofortigen Stopps der unkontrollierten Masseneinreise. Von denen, die jetzt kommen, müssen ausnahmslos alle, deren Asylanträge abgelehnt werden, wieder abgeschoben werden.

Asylrecht ändern – Missbrauch beenden

Die AfD fordert die Umwandlung des individuellen Grundrechts auf Asyl in eine institutionelle Garantie des Asylrechts.

Das Asylgrundrecht, in bester Absicht vor langer Zeit für Wenige geschaffen, ist durch die Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung wie auch der grün-roten Landesregierung zur Gefahr für die Existenz unseres Landes geworden. Es muss daher nach dem Vorbild fast aller anderen Staaten der Welt zu einem Gesetz transformiert werden, welches dem Staat die Kontrolle über Art und Ausmaß der Zuwanderung ermöglicht.

Art. 16 a des Grundgesetzes muss lauten: „Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Asyl. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Nur dann ist eine wirksame Missbrauchsbekämpfung, eine Neuorientierung im Zuwanderungsrecht mit einer klaren Unterscheidung zwischen politischer Verfolgung, Armutsmigration und Flucht vor Kriegen möglich.

Auffangzentren einrichten – Leben retten

In den Herkunftsregionen der Asylbewerber sind Auffangzentren einzurichten, in denen die Asylanträge zu stellen sind. Eine europäische Lastenverteilung muss durchgesetzt werden.

Zurzeit sterben unzählige Menschen auf der gefährvollen Reise über das Mittelmeer, weil sie nur in Europa Asylanträge stellen können. Das Recht zur Asylantragstellung muss deswegen vom Aufenthalt in Deutschland entkoppelt und die Menschen müssen von der Überfahrt abgehalten werden. Wir erreichen das durch außereuropäische Auffangzentren für Asylbewerber und eine Rückkehrpflicht dorthin bei illegaler Einreise nach Europa. In diesen Zentren anerkannte Bewerber müssen nach einem gesamteuropäischen Schlüssel auf alle Länder verteilt werden; deren Bereitschaft ist über das europäische Finanztransfersystem zu fördern.

Schengen-Vertrag aussetzen – Grenzen nach australischem Vorbild sichern

Für die Dauer des anhaltenden Migrantenzustroms müssen der Schengen-Vertrag ausgesetzt und die deutschen Grenzen wieder kontrolliert werden. Die europäische Grenzschutzorganisation FRONTEX hat ihre Schlepperhilfsdienste einzustellen; das gleiche gilt für die deutsche Bundesmarine. Australien muss Vorbild der marinen Grenzsicherung sein.

Länder wie Ungarn, die pflichtgemäß die EU-Außengrenzen sichern, dürfen nicht länger dafür angefeindet werden, ihnen ist vielmehr der Rücken zu stärken. Nach australischem Beispiel sind auf dem Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlingsboote in ihre Heimathäfen zurückzuschleppen. Scheidet dies aus Sicherheitsgründen aus, werden die Menschen in mitgebrachten Rettungsbooten dorthin zurückgeschickt, ohne europäischen Boden betreten zu haben. Die Aussichtslosigkeit des Seeweges ist medial in den Herkunftsländer zu verbreiten. Dies alles ist nicht etwa inhuman – auf diese Weise musste Australien seit über einem Jahr keinen einzigen toten Flüchtling mehr beklagen. Inhuman ist vielmehr eine Politik, welche die Menschen mit der Aussicht auf Bleiberecht und materielle Vollversorgung nach Deutschland lockt.

Fehlanreize umfassend abbauen

Die den Asylbewerbern in Deutschland zustehenden Sozialleistungen sind nach Art und Umfang weltweit einmalig. In ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft locken sie Menschen über das Meer und häufig in den Tod.

Deutschland bietet allen Asylbewerbern die höchsten Sozialleistungen der Welt in Bargeld, medizinische Spitzenversorgung, kostenlose Sprach- und Integrationskurse, volle Bewegungsfreiheit, Arbeitsmöglichkeit und vieles mehr. Das gilt sofort nach Einreise und zeitlich unbeschränkt, auch nach Ablehnung des Asylantrages und selbst bei Verweigerung der Ausreisepflicht. Das deutsche System verursacht Milliardenkosten, einen Sogeffekt auf Unqualifizierte und Glücksritter und einen Abschreckungseffekt für Qualifizierte, die lieber dort einwandern, wo die Steuerlast geringer ist. Diese falsch verstandene Großzügigkeit muss ein Ende haben. Alle Fehlanreize müssen so umfassend zurückgefahren werden, dass die illegale Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen unattraktiv wird.

Aufenthaltsbeendigung konsequent durchsetzen

Wir fordern die konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber. Zu diesem Zweck sind rechtliche Abschiebehindernisse zu überwinden, die zuständigen Behörden bei ihrer Arbeit öffentlich zu unterstützen sowie personell und politisch aufzuwerten.

Wer in Deutschland Asyl beantragt, bedient sich eines Rechts und erwartet, dass sich der Staat an sein Gesetz hält. Deswegen kann man auch vom Antragssteller auf Asyl erwarten, dass er sich seinerseits an das Gesetz des Staates hält und das Land verlässt, wenn sein Antrag abgelehnt wird. Das ist jedoch leider fast nie der Fall. Abschiebungen finden nur in sehr geringem Umfang statt, und die zuständigen Behörden erfahren keinerlei Unterstützung durch die rot-grüne Landesregierung. Der Staat muss sich schützend vor seine Behörden stellen und darf sich nicht erpressen lassen, wenn es darum geht, geltendes Recht umzusetzen.

Missachtung unserer Rechtsordnung nicht belohnen

In diesem Land gilt die Pflicht zum Besitz eines Passes und zur wahrheitsgemäßen Angabe von Herkunft und Personalien für abgelehnte Asylbewerber ebenso wie für alle anderen Ausländer.

Abgelehnte Asylbewerber verhindern fast immer ihre freiwillige Ausreise wie auch die erzwungene Rückführung in ihr Heimatland durch die Verheimlichung ihrer Identität, ihres Passes oder durch Scheinidentitäten. Deshalb können ihnen die deutschen Behörden auch keine Heimreisepapiere beschaffen. Die Folge sind jahrelange, aufwändige, teure und sinnlose Verfahren. Diese und andere Gesetzesverstöße dürfen nicht dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts kommen. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung der entsprechenden §§ 25 a und 25 b des Aufenthaltsgesetzes. Des Weiteren sind Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit fundamental für unser Gastrecht. Niemand, der im Asylverfahren die Unwahrheit sagt, und niemand, der unsere Gesetze verletzt, darf daher Asyl erhalten.

Die Möglichkeiten unseres Landes wahrnehmen

Die AfD wird – wenn ihr der Wähler das ermöglicht – folgende konkrete landesrechtliche Maßnahmen durchsetzen, um die Kontrolle über die Asylzuwanderung zurückzugewinnen. Notwendige Gesetzesänderungen sind im beschleunigten parlamentarischen Verfahren zu beschließen.

- Kommunale Bürgerbeteiligung in Fragen der Asylbewerber-Unterbringung
- Abschaffung der Härtefallkommission
- Keine Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber
- Nur für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit (unter 10 % Anerkennungsquote) und aus sicheren Herkunfts- und Drittstaaten: Schaffung von grenznahen Aufnahmeeinrichtungen mit allen notwendigen Behörden nach bayerischem Vorbild einschließlich medizinischer Versorgung und maximale Straffung der Verfahren mit dem Ziel des Verfahrensabschlusses innerhalb von 48 Stunden
- Für alle anderen Asylbewerber: Wiedereinführung der sog. „Bezirksstellen für Asyl“, zur Beschleunigung der Verfahren mit dem Ziel des Verfahrensabschlusses innerhalb von 12 Wochen
- Einführung von spürbaren Restriktionen für Asylbewerber, die ihre Identität verheimlichen und gegen ihre Mitwirkungs- und Ausreisepflicht verstoßen
- Einführung eines Landesfonds zur Beseitigung von Abschiebehindernissen aus gesundheitlichen Gründen; befristete Finanzierung von Anschlussbehandlungen im Heimatland. Dieser Fond wird gespeist aus Mitteln, die durch die Abschaffung des

Integrationsministeriums freiwerden, dessen Kernaufgaben wieder das Innenministerium übernimmt

- Vollständige Transparenz aller zuwanderungsbedingter Kosten des Landes
- Abschaffung staatlicher Zuschüsse an nichtstaatliche Flüchtlingshilfsorganisationen, soweit diese nicht die Ausreise abgelehnter Asylbewerber und damit die Umsetzung geltenden Rechts unterstützen
- Sofortiger Stopp des Gesetzgebungsverfahrens zum „Partizipations- und Integrationsgesetz“, ggf. dessen Abschaffung
- Wiedereinrichtung von Abschiebehaftanstalten, um Abschiebungen aus Baden-Württemberg überhaupt wieder zu ermöglichen
- Wiederherstellung des Ansehens der Abschiebebehörden und ihre moralische und rechtliche Unterstützung
- Abschaffung des Widerspruchsverfahrens im Ausländerrecht
- Reform der Struktur der Ausländerbehörden, um den Flickenteppich der Zuständigkeiten und die Überforderung kleinerer Behörden zu beenden
- Herstellung der Unabhängigkeit der Ausländerbehörden gegenüber Weisungen der Körperschaft, bei denen sie angesiedelt sind, zur Vermeidung politischer Einflussnahme

Zuwanderung steuern

Qualifizierte Einwanderung – nach unseren Regeln

Die AfD fordert eine umfassende Erneuerung des gesamten Zu- und Einwanderungsrechts mit dem Ziel einer Steuerung nach unseren Interessen, welche die Zukunft Deutschlands sichert, anstatt sie zu gefährden. Dies würde eine massive Reduzierung der gegenwärtigen Zuwanderungszahlen mit sich bringen.

Zwischen Asylsuchenden und Zuwanderungswilligen muss eine strenge Trennung vollzogen werden. Tatsächlich politisch Verfolgte genießen unsere uneingeschränkte Unterstützung. Auch qualifizierten Zuwanderungswilligen gegenüber sollten wir offen sein. Allerdings ist die Zahl derjenigen, die gern nach Deutschland kommen und hier bleiben würden, so groß, dass kein Land der Welt sie alle aufnehmen und integrieren könnte. Wir brauchen daher Fundamentalreformen, die sich an unseren finanziellen und integrativen Möglichkeiten orientieren. Auch EU-rechtliche Bestimmungen, die das Handeln Deutschlands derzeit einschränken, müssen auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Zuwanderer müssen zu uns passen

Die AfD fordert gesetzliche Maßnahmen mit dem Ziel, Zuwanderung möglichst auf Menschen zu begrenzen, deren gesellschaftliche und kulturelle Sozialisation und deren Mentalitäten mit unseren Werten und Maßstäben vereinbar sind und deren Bildung den Anforderungen unseres hochentwickelten Staates genügt.

Deutschland muss das Recht haben, Menschen, die unsere Kultur, unsere rechtliche Verfasstheit und unsere Werte grundsätzlich ablehnen, oder die ihre archaischen Gesellschaftsstrukturen und Gesetze hierzulande gar einführen wollen, den Aufenthalt zu verweigern. Über Quantität und Qualität der Zuwanderung selbst zu bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität; das muss auch für Deutschland gelten.

Multikulti – mehr Risiken als Chancen

Die AfD fordert eine offene Diskussion über gesellschaftliche Fehlentwicklungen ohne Rücksicht auf Denkverbote der „Political Correctness“. Den inneren Frieden auch für künftige Generationen zu bewahren, muss Leitlinie politischen Handelns sein.

Die unkontrollierte Massenzuwanderung bringt auch den Import von Konflikten aus den Heimatländern vieler Zuwanderer und das Entstehen problematischer Parallelgesellschaften, die unsere Demokratie ablehnen, mit sich. Die Politik der etablierten Parteien hat diesbezügliche Warnsignale weitgehend ignoriert und hing bisher dem Glauben an, dass sich eine friedliche multikulturelle Gesellschaft ganz von selbst einstellen würde. Wer dies mit dem Hinweis auf die Fakten infrage zu stellen wagt, wird politisch diffamiert. Politische Korrektheit liegt wie ein Nebel bleischwer über unserem Land. Er erstickt eine kritische Diskussion, wie auch das Anprangern von Missständen, im Keime.

Integration fördern und fordern

Direkte Demokratie – erst recht bei der Zuwanderung

Die Bürger in Deutschland sind in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse bei Integrations- und Zuwanderungsfragen einzubeziehen. Hierfür müssen wir direktdemokratische Instrumente auf jeder Ebene, auch auf der kommunalen, anwenden.

Die Bürger in Deutschland werden nicht gefragt, ob sie mit den Erscheinungen und Folgen der Massenzuwanderung zufrieden sind oder nicht. Stattdessen werden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Asylbewerberheime schießen wie Pilze aus dem Boden. Die immensen Geldsummen, die aufgebracht werden müssen, fehlen schmerzhaft an anderen Stellen. Die etablierten Parteien denken aber gar nicht an Bürgerbeteiligung, aus Angst, dass die fehlende Akzeptanz ihrer Politik in der Bevölkerung offenbar werden könnte. Wird diese fortgesetzt, so ist jedoch der soziale Friede in akuter Gefahr.

Integration – Garant für ein friedliches Zusammenleben

Die AfD sieht Integration in erster Linie als Bringschuld der Zuwanderer, die allerdings staatliche Unterstützung hierzu erwarten dürfen. Das Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, das Erlernen der deutschen Sprache und das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts erachten wir als die Mindestvoraussetzungen gelungener Integration.

Wir verstehen unter Integration die Eingliederung von dauerhaften Zuwanderern in Staat und Gesellschaft des Aufnahmelandes unter Akzeptanz und Verinnerlichung der in diesem Staat geltenden Werte, Regeln und Gesetze. Die Zuwanderer müssen sich der deutschen Gesellschaft anpassen, nicht umgekehrt. Wir erwarten von jedem Zuwanderer mit der Absicht, sich hier dauerhaft niederzulassen, dass er sich aus der Fülle staatlicher Integrationsangebote bedient. Entzieht er sich hingegen diesen Pflichten, hat er mit Sanktionen zu rechnen.

Integrationshemmnisse bekämpfen

Die AfD fordert ein Verbot aller politisch-religiösen Aktivitäten, die aus dem Ausland finanziert werden und/oder deren Zweck unvereinbar ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unseren christlich-abendländischen Werten.

Die staatliche Tolerierung, ja Förderung von Maßnahmen, die einer Integration entgegen wirken – wie etwa die Visavergabe für Imame aus dem Ausland und heimat-sprachlicher Unterricht an öffentlichen Schulen – muss beendet werden. Wir lehnen das scheinweise Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.

Für religiöse Bekenntnisfreiheit – gegen Kulturrelativismus

Die AfD steht zu unserer christlich-humanistischen Kultur und dem auf ihr beruhenden Wertesystem unseres Grundgesetzes und lehnt Relativierungen und Preisgaben zugunsten einer falsch verstandenen Toleranz gegenüber anderen Religionen ab.

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Zur Realität Deutschlands gehören jedoch Menschen islamischen Glaubens, die wir akzeptieren, sofern sie friedlich und integriert unter uns leben. Erscheinungen der Parallelgesellschaften, wie die Anwendung islamischer Rechtsvorschriften, Konfliktschlichtung unter Umgehung der deutschen Strafgerichte, die Herausnahme von Mädchen aus dem Sportunterricht, das Verbot für muslimische Schüler, an Klassenfahrten teilzunehmen und vieles andere mehr ist unter Berufung auf „Religionsfreiheit“ nicht zu rechtfertigen und darf nicht länger hingenommen werden.

Wirtschaftliche Eingliederung als Schlüssel zur Integration

Die AfD fordert als Ansporn für eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration die Umstellung der Sozialleistungen für Zuwanderer für einen bestimmten Zeitraum vom Gastlandprinzip auf das Heimatlandprinzip – oder eine bestimmte Karenzzeit ohne Ansprüche – und den Wegfall jeglicher Versicherungsleistungen für Verwandte im Ausland.

Die unterschiedslose, unbegrenzte Daseinsvorsorge durch den Wohlfahrtsstaat anstelle der Verpflichtung zur Eigenverantwortung hilft den Zuwanderern nicht, sondern degradiert sie zu unmündigen und unselbstständigen Almosenempfängern. Wir erwarten von Einwanderungswilligen, für die Sorge des eigenen Lebens und das der Familie einzutreten und sich nicht von der Solidargemeinschaft auf Dauer aushalten zu lassen. Sozialleistungen müssen auf diejenigen beschränkt werden, die einen Beitrag zu ihrer Finanzierung geleistet haben.

Einbürgerung nur als Abschluss gelungener Integration

Die AfD fordert mehr Sorgfalt und strengere Regeln bei der Einbürgerung. Einen Automatismus nach einer bestimmten Zeit lehnen wir ab, vielmehr muss wichtigste Voraussetzung die dauerhafte wirtschaftliche und soziale Integration sein. Den Doppelpass für Bürger aus Nicht-EU-Staaten lehnen wir ab.

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist krönender Abschluss eines manchmal langen und mühsamen Weges der Integration und des Ankommens, nicht aber dessen Ausgangspunkt. Eine Einbürgerung als nicht reversibler Schlusspunkt der Integration kann nur erfolgen, wenn am Integrationserfolg kein Zweifel mehr besteht, unabhängig von der in Deutschland verbrachten Zeit. Der deutsche Pass ist das Bekenntnis zu Deutschland; damit unvereinbar ist der weitere Besitz des bisherigen Passes.

Staatsbürgerschaft – Loyalität ist nicht teilbar

Wir fordern die Wiederherstellung des strikten Grundsatzes der Einstaatigkeit. Die Entscheidung für und wider eine Staatsangehörigkeit muss die bewusste Entscheidung eines mündigen Einwanderers sein. Mehrstaatigkeit bei Kindern muss sich wieder allein auf die Kinder beschränken, deren Eltern verschiedenen Staaten angehören.

Damit unvereinbar ist der im Jahr 2000 eingeführte Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ein Kind, das kein deutsches Elternteil hat. Es wird oft automatisch Mehrstaatler. Dieses Gesetz dient keinesfalls der besseren Integration von ausländischen Kindern, sondern führt unter anderem zu massenhaften, missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen zur Erschleichung von Aufenthaltsrechten.

V. Für Sparsamkeit, Verantwortung und Transparenz im Umgang mit Steuermitteln

Das Finanzwesen, insbesondere die Einnahmen des Staates werden im Wesentlichen auf Bundesebene geregelt. In der Landespolitik sind dennoch bedeutende Weichenstellungen möglich, die einen sparsamen und transparenten Umgang mit Steuermitteln durch die Landesregierung erfordern.

Bei stark ansteigenden Belastungen durch die selbstverschuldete Asylbewerberwelle und bei einer Personalkostenquote von immer noch 37 Prozent, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, den Landeshaushalt strukturell zu entlasten. Die im Finanzplan 2020 ausgewiesenen Konsolidierungsmaßnahmen der grün-roten Landesregierung sind dazu bei weitem nicht ausreichend. Sie dürfen allerdings nicht mehr auf dem Rücken der Beamten ausgeführt werden. Die AfD bekennt sich zu den grundgesetzlich geschützten und bewährten Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

Die AfD fordert auch, die Transparenz des Finanzgebarens des Landes zu verbessern. Der Bürger muss wissen, wo das Geld herkommt und wofür und in welcher Höhe es ausgegeben wird. Schattenhaushalte, Verlagerung von Sachausgaben und Personalstellen in Landesbetriebe und andere Verschleierungstaktiken unter den bisherigen Regierungen wird es mit der AfD nicht geben.

Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt wollen wir über die Länderkammer durch ein Bürgergeld für Langzeitarbeitslose und durch Beseitigung von Missbrauch bei der Leiharbeit und bei Werkverträgen korrigieren.

Verschwendung von Steuergeldern bestrafen

Der AfD Landesverband Baden-Württemberg unterstützt die Forderung des Bundes der Steuerzahler, die Verschwendung von Steuergeldern zu bestrafen. Dazu fordern wir die Schaffung eines Paragraphen "Haushaltsuntreue".

Nicht nur Steuerhinterzieher, sondern auch Steuerverschwender schaden unserem Gemeinwesen. Die Verschwendung von Steuergeldern ist genauso hart zu bestrafen wie die Steuerhinterziehung.

Schuldenbremse einhalten und Altschulden tilgen

Die AfD erklärt die Einhaltung der Schuldenbremse zu einem ihrer obersten Gebote. Konsumausgaben dürfen nicht mehr durch zusätzliche Schulden getätigt werden. Ersparte Zinsen und zusätzliche Steuereinnahmen sind für die Tilgung von Altschulden einzusetzen.

Zur Einhaltung der Schuldenbremse stehen alle programmatischen Forderungen der AfD unter einem Finanzierungsvorbehalt. Wegen der notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts sind die Haushaltsmittel nur beschränkt verfügbar.

Keine weitere Belastung der Bürger durch die „Eurorettung“

Die AfD tritt einer Belastung des Landeshaushalts durch die „Eurorettung“ entschieden entgegen.

Es muss sichergestellt werden, dass unsere Steuergelder dort zum Wohl der Bürger eingesetzt werden, wo sie erwirtschaftet wurden und dringend benötigt werden – in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg.

Länderfinanzausgleich reformieren

Die AfD will einen fairen Länderfinanzausgleich.

Der Länderfinanzausgleich in der bisherigen Form ist zu reformieren. Wir wollen einen neuen Länderfinanzausgleich, der Leistung nicht bestraft und Anreize für die Nehmerländer zu mehr Haushaltsdisziplin setzt: Solidarität mit schwächeren Ländern Ja, aber Nein zu einem unfairen System.

Transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben

Wir setzen uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein.

Sogenannte „Public Private Partnership“ (PPP) – Modelle sehen wir insofern kritisch, als hierbei häufig keine Kostentransparenz besteht und die Vergabekriterien große Konzerne bevorzugen. PPP-Modelle müssen auf das notwendige Minimum beschränkt werden.

Bürgerarbeit statt Hartz IV

Die AfD Baden-Württemberg setzt sich für ein Pilotprojekt „Bürgerarbeit statt Hartz IV“ ein. Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht unmittelbar in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden.

Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft erhält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen. Die Hartz-IV-Reformen konnten für eine Vielzahl von Langzeitarbeitslosen keine Beschäftigungschancen eröffnen. Bürgerarbeit kann für viele der Betroffenen einen Ausweg bieten.

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen unterbinden

Die AfD fordert die Politik auf, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen in der Wirtschaft sowie in Landesinstitutionen und Behörden zu beenden. Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen.

Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen.

VI. Für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft

Die Familie ist die Keimzelle und das Fundament unserer Gesellschaft und Kultur. Sie ist die einzigartige Gemeinschaft, in der für unser gesellschaftliches Zusammenleben so wichtige und unabdingbare Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit vermittelt werden. Zudem ist eine ausreichende Anzahl von Kindern von zentraler Bedeutung für die demografische Entwicklung und somit den Fortbestand unseres Volkes sowie die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Die derzeit zu geringen Geburtenzahlen sind über Zuwanderung nicht zu kompensieren.

Die Ehe verleiht der Familie Verlässlichkeit und Stabilität. Im Einklang mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung bekennen wir uns daher zum Leitbild von Ehe und Familie (Art. 6 GG) sowie zu Elternrechten (Art. 6 Abs. 2 GG, Art. 12 Abs. 2 Landesverfassung Baden-Württemberg). Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern.

Die AfD möchte „Mut zur Familie“ mit mehreren Kindern machen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter ein. Versuche, Ehe und Familie durch das sogenannte "Gender Mainstreaming" oder durch andere ideologisch motivierte Eingriffe in volkserzieherischer und damit bevormundender Absicht zu schwächen, lehnt die AfD entschieden ab.

Wir respektieren die eingetragene Lebenspartnerschaft. Deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir aber ab. Das Recht auf Adoption muss Ehepaaren vorbehalten bleiben. Wir sind fest davon überzeugt, dass es für das Wohl von Kindern und Jugendlichen am besten ist, wenn sie von Vater und Mutter umsorgt aufwachsen.

Es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Dies beinhaltet auch Wahlmöglichkeiten der Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung. Der Staat darf sich nur in begründeten Ausnahmefällen in familiäre Angelegenheiten einschalten, beispielsweise zum Zweck des Jugendschutzes.

Wir unterstützen die Familie auch deshalb, weil sie für eine Kultur steht, in der menschliches Leben in allen seinen Phasen geschützt wird.

Leitbild der Familie schützen und fördern

Kinder sichern die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Staat hat die Pflicht, Bedingungen zu schaffen, die ein Ja zum Kind ermöglichen und fördern. Da bereits seit über 40 Jahren die Geburtenrate auch in Baden-Württemberg viel zu niedrig ist, muss der Staat wirksame Anreize setzen. Neben einer finanziellen Stärkung der Familien muss das Familienbild aufgewertet werden und in allen Bereichen der Öffentlichkeit Wertschätzung erfahren.

Elternschaft sollte zu gesellschaftlichem Ansehen führen und darf nicht länger als karrierehemmender Ballast dargestellt werden. Vielmehr soll gezielt für das Positive und Erfüllende einer Mutter-Vater-Kinder Beziehung geworben werden. Die AfD will auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken und auch im Bildungsbereich Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden.

Familien finanziell entlasten

Die AfD fordert, dass Familien aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit entlastet werden, indem eine Umverteilung im Sinne eines echten Familienlastenausgleichs erfolgt. Ein solcher liegt auch im eigenen Interesse von Menschen ohne Kinder, deren Versorgung im Alter durch die nachgewachsene Generation gewährleistet werden muss. Zudem müssen Familien durch bedarfsgerechte direkte Transferleistungen zielgerichteter als bisher gefördert werden.

Der Kinderfreibetrag muss auf die Höhe des steuerfreien Existenzminimums (Grundfreibetrag) für Steuerpflichtige angehoben werden, da der Bedarf von Kindern nicht prinzipiell niedriger angesetzt werden kann als der Bedarf Erwachsener. Das Kindergeld ist bis zur Höhe des Regelsatzes für Kinder in Bedarfsgemeinschaften von Arbeitssuchenden anzuheben. Das Ehegattensplitting sollte erhalten, aber zu einem Familiensplitting weiterentwickelt werden, sodass der Steuertarif gemäß der Kinderzahl angepasst und der sozialen Lage der Familien gerecht wird.

Sowohl die Beiträge zur Sozialversicherung als auch die Sozialleistungen müssen gerechter verteilt werden: Der unterschiedliche Beitragssatz für Eltern und Kinderlose zur gesetzlichen Pflegeversicherung kann nur ein Einstieg sein und ist auf die anderen Zweige der Sozialversicherung zu übertragen. Ferner muss die Erziehungsleistung stärker auf die Rente angerechnet werden. Daher ist das dritte Anrechnungsjahr bei der "Mütterrente" für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, umgehend einzuführen.

Für Elternteile, die vor der Geburt eines Kindes nicht erwerbstätig waren, ist der Mindestbetrag des Elterngeldes deutlich zu erhöhen. Ebenso muss das Betreuungsgeld durch das Land Baden-Württemberg weitergeführt und im Sinne eines Erziehungsgehalts gesteigert werden, damit Eltern wirklich frei entscheiden können, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder in die Obhut einer öffentlichen Einrichtung geben wollen.

Ehen stabilisieren, damit Kinder bei Vater und Mutter aufwachsen

Wer heute für eine Familie Verantwortung übernimmt, verliert an Flexibilität und riskiert berufliche Nachteile. Daher scheuen immer mehr Menschen eine lebenslange Bindung. Doch ist die beste Voraussetzung für einen verlässlichen familiären Rahmen eine lebenslange Ehe. Parallel zum Rückgang der Eheschließungen ist eine kontinuierliche Zunahme der Scheidungen zu beobachten. Es muss ein grundsätzlicher Wandel mit dem Ziel erfolgen, Paare zu unterstützen, damit sie auch Krisenzeiten durchstehen.

Dass derzeit mehr als jede dritte Ehe in Deutschland geschieden wird, ist nicht akzeptabel. Von den Betroffenen wird eine Scheidung oft als persönliche Katastrophe erlebt. Zum finanziellen Ruin kommen der Verlust des Selbstwertgefühls, Depressionen, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Manche werden vollständig aus der Bahn geworfen, obdachlos oder begehen Suizid. Neben den Erwachsenen sind ihre minderjährigen Kinder Opfer dieser Entwicklung. Ihre schulische Leistungsfähigkeit wird beeinträchtigt, oft sind sie nachhaltig traumatisiert. Auf Grund der Rechtsprechung der Familiengerichte werden die Kinder in aller Regel den Müttern zugesprochen – der Verlust des Kontakts zu den Kindern trifft zu 95% die Väter. Ist eine Scheidung nicht zu vermeiden, bedarf es der gleichberechtigten Teilhabe am Sorgerecht und am Umgang z.B. durch das Wechselmodell. Für eine gesunde Entwicklung brauchen Kinder die Nähe und Zuneigung ihrer Väter genauso wie die ihrer Mütter.

Dem Schutz der Ehe muss durch Gesetzgeber und Justiz angemessen Rechnung getragen werden. Statt des reinen Zerrüttungsprinzips muss die Ursache des Scheiterns wieder berücksichtigt werden. Eine Ehescheidung darf für keinen der Ehepartner zum finanziellen Ruin führen. Gerichtsverfahren, die sich bis zu zehn Jahre hinziehen und fünf- bis sechsstellige Beträge verschlingen, sind unzumutbar und müssen verhindert werden.

Familien- und Geschlechterziehung muss ideologiefrei und altersgemäß sein

Die AfD sieht den Wert des Menschen unabhängig von seinen privaten Interessen, seiner sexuellen Orientierung und seiner allgemeinen Lebensgestaltung. Deshalb stellen wir uns entschieden gegen die volkserzieherische Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen und gegen die Dekonstruktion der Familie. Aufgabe der Bildung muss es sein zu vermitteln, dass die Geschlechter aufeinander zugeordnet sind, einander ergänzen und es geboten ist, einander in Achtung zu begegnen.

Der „Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte“ der Landesregierung von Baden-Württemberg zeigt, wes Geistes Kind die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ im Bildungsplan 2016 ist: Durch den Bildungsplan und den Aktionsplan soll die pseudo-wissenschaftliche Gender-Ideologie durchgesetzt werden. Dies geschieht unter dem Deckmantel grundsätzlich positiver Werte wie Toleranz, Antidiskriminierung, Vielfalt und Gleichberechtigung, die zu Kampfbegriffen umdefiniert werden. Die AfD möchte die Schüler und Kindergartenkinder in Baden-Württemberg vor dieser bewussten Irreführung schützen.

Die AfD fordert, die Familie in Schulbüchern positiv und realitätsnah darzustellen. Schulbücher, welche die Familie relativieren und zugleich gesellschaftlich kaum relevante Konstellationen (LSBTTIQ) überhöhen, sollen für den Gebrauch an öffentlichen Schulen nicht zugelassen werden. Der Sexualkundeunterricht in der Schule darf in keinem Fall von Lobbygruppen durchgeführt werden. Visuelle Darstellungen und Beschreibungen von sexuellen Praktiken sowie praktische Übungen lehnen wir für Schüler jeglichen Alters ab.

Jugendschutz ernst nehmen

Die AfD fordert, dass Jugendlichen und Kindern auch durch die Medien Wertschätzung der Mitmenschen vermittelt wird, anstatt sie zu Promiskuität und Gewalt zu verleiten. Weil Kinder und Jugendliche ein Recht auf eine unbekümmerte, natürliche Entwicklung in allen Lebensbereichen haben, müssen sie vor dem Konsum von jugendgefährdenden Inhalten bewahrt werden.

Über die Medien und das Internet wird die Sexualität aus der Intimsphäre in die Öffentlichkeit gezerrt. Dies führt dazu, dass sie letztlich entwertet wird. Die AfD setzt sich für den Schutz von Kindern, Ehe und Familie und für die Wahrung der Würde von Frauen ein.

Viele Kinder und Jugendliche konsumieren Pornographie und Gewaltdarstellungen. Manche sind sogar süchtig danach. Die dabei entstehende Verwahrlosung verletzt die Selbstachtung und die Achtung der Würde der anderen. Politik und Medien müssen sich dieses Themas annehmen, z.B. sind FSK-Angaben zu überarbeiten und jugendgefährdende Inhalte konsequent zu indizieren.

Gender Mainstreaming abschaffen

Die Ideologie des Gender Mainstreaming behauptet, dass das Geschlecht nur als soziales Konstrukt zu betrachten sei. Der "Aktionsplan für Toleranz und Vielfalt" zeigt das Bestreben der Landesregierung, Gender Mainstreaming in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Die AfD fordert, dass alle Gelder für die Gender-Forschung und diesbezügliche Projekte und Lehrstühle an Hochschulen gestrichen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind darin gestärkt wird, sein biologisches Geschlecht anzunehmen. Gender Mainstreaming als Norm zur Dekonstruktion der Geschlechterordnung und Auflösung der Ehe von Mann und Frau lehnt die AfD ab.

Die AfD wendet sich gegen Diskriminierung, auch die Diskriminierung von LSBTTIQ-Menschen und eingetragenen Lebenspartnerschaften. Deren Gleichstellung mit der Ehe lehnt die AfD jedoch ab, da nur die Ehe zwischen Mann und Frau eine Familie begründen kann. Projekte und Lehrstühle an Hochschulen sollen helfen, den Wert von Ehe und Familie darzustellen und nicht – wie im Falle von Gender-Studies – genau das Gegenteil bewirken.

Jungen fördern

Die AfD fordert eine das Potenzial von Jungen wertschätzende Bildung und Erziehung. Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt zu behandeln und zu fördern.

Jungen sind schon seit vielen Jahren die großen Verlierer unserer Gesellschaft. Kindergarten und Schule sind auf Mädchen zugeschnitten, Jungen erfahren eine strukturelle Benachteiligung. Dem ist entschlossen entgegenzuwirken. Zukünftige Familien brauchen nicht nur starke Frauen, sondern auch starke Männer.

Den Hebammenberuf erhalten und wertschätzen

Frauen und Kinder brauchen Vorsorge, Geburtshilfe und Nachsorge, die ihren Namen verdienen. Die AfD tritt daher für ein Absicherungssystem ein, das die Versicherungskosten für die Hebammen auf ein erträgliches Niveau senkt. Zudem wollen wir überflüssige Bürokratie abbauen.

Bei der Geburt eines Kindes kann viel passieren. Hebammen müssen sich deshalb versichern. Die Prämien für diese Versicherungen sind in der letzten Zeit so stark gestiegen, dass viele Hebammen vor dem beruflichen Aus stehen. Weil die Leistung der Hebammen lebenswichtig ist, ist die Politik gefordert. Sie muss auf eine mütter- und kinderfreundliche Lösung bei der Versicherung von Hebammen hinwirken.

Ungeborenes Leben schützen

Die AfD steht für eine Kultur des Lebens. Wir fordern, dass bei der Schwangerschaftskonfliktberatung geltendes Verfassungsrecht umgesetzt wird, damit das Ziel dieser Beratung Hilfe für die Schwangere statt Abtreibung ist.

Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein und wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem "Menschenrecht" zu erklären. Schwangeren in Not müssen konkrete Hilfen angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind entscheiden können.

Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung Wahlmöglichkeiten bieten

Die AfD setzt sich für ein Angebot von freiwilligen, auch nichtstaatlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kindergarten- und Schulkinder ein. Verbindliche Ganztageseinrichtungen für alle Kinder lehnen wir ab, da sie in die Elternrechte eingreifen und private Freizeitaktivitäten (Sport, Instrumentalunterricht etc.) stark einschränken. Die AfD fordert, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie ihre unter 3-jährigen Kinder einer Kita anvertrauen oder lieber selbst betreuen wollen. Auch im Bereich der schulischen Bildung soll den Eltern die Möglichkeit

eröffnet werden, ihren Kindern den Besuch von Privatschulen zu ermöglichen. In Notlagen muss ein kostenloses Betreuungsangebot zur Verfügung stehen.

Die Bindungsforschung hat eindeutig gezeigt, dass es für die seelische und soziale Entwicklung und die spätere Bildung von Kindern und Jugendlichen am besten ist, wenn sie von Vater und Mutter umsorgt aufwachsen können. Die Liebe der Eltern ist durch nichts zu ersetzen. Bei der Diskussion um die Betreuung unserer Kinder hat deren Wohlergehen und gesunde Entwicklung Vorrang vor ökonomischen Interessen. Wir sind deshalb gegen die einseitige Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. In der Regel geben Eltern ihre Kinder nicht in Fremdbetreuung, weil sie sich das wünschen, sondern wegen der finanziellen Notwendigkeiten, des moralischen Drucks und der fehlenden Wertschätzung nichterwerbstätiger Mütter. Für alle Eltern, die das staatliche Betreuungsangebot nicht in Anspruch nehmen, muss ein gerechter finanzieller Ausgleich gewährleistet sein. Wir achten die Erziehungsarbeit der Eltern. Für die AfD ist auch die Mutter und Hausfrau ein mit hoher Wertschätzung verbundener Beruf. Studien über Kinderfrühbetreuung sehen in der elterlichen Erziehung den wichtigsten Einfluss im Sinne einer gesunden Entwicklung der Kinder. Die AfD möchte daher die häusliche Erziehung stärken.

VII. Für ein differenziertes, leistungsorientiertes Bildungssystem

Bildung ist mehr als Ausbildung. Sie ist zweckfreie Menschenbildung. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die sich wieder mehr auf dieses Ideal der deutschen Geistesgeschichte besinnt. Bildung umfasst den Gebrauch der Muttersprache, fundiertes historisches Wissen, handwerkliche Fähigkeiten und Verständnis der Künste, um politische und moralische Entscheidungen fällen zu können. Der wahrhaft Gebildete handelt selbstbeherrscht und kann sich in andere Menschen und Kulturen hineinversetzen. Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff „Kompetenz“ lehnt die AfD ab.

Baden-Württembergs wichtigstes Gut ist unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen. Es kommenden Generationen verfügbar zu machen, ist nicht zuletzt auch ein Gebot ökonomischer Vernunft. Das Fundament für Bildung als individuelle Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft wird durch die Erziehung in der Familie gelegt. Zu einer wirklichkeitsgerechten Bildungspolitik gehört daher auch die Stärkung dieser natürlichen Funktion der Familie, auch und gerade dort, wo sie schwach ausgeprägt ist.

Die AfD beobachtet mit Sorge eine Erosion des Leistungsprinzips, die zum Verlust der Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen führt. Durch die Bildungsreformen der letzten Jahre ist es zu einer Unsicherheit über die Ziele der Schulbildung bei Eltern, Lehrern und Schülerschaft gekommen.

Um Bildung zukunftsfähig zu gestalten, ist es unumgänglich, den anhaltenden Verfall unseres Bildungssystems zu stoppen.

Die AfD fordert

- ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit klaren Profilen und mit klaren Lernzielen
- Beendigung des Experimentes „Neue Lernkultur“
- Wissensvermittlung und Leistungsorientierung ohne Gesinnungsindoktrination
- klassengeführten Unterricht
- eine ideologiefreie Pädagogik
- die Wiederherstellung der akademischen Freiheit an den Universitäten, die diese durch die Bologna-Reform eingebüßt haben.

Bildung als zweckfreie Menschenbildung verstehen

Wir fordern eine Bildungspolitik, die sich am Bildungsideal der deutschen Geistesgeschichte orientiert. Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff „Kompetenz“ mit der Zielsetzung einer rein wirtschaftlichen Verwertbarkeit („Employability“) lehnen wir ab.

Jeder Mensch soll entsprechend seiner Begabung und Neigung sein volles Potential ausschöpfen können. Bildung ist zweckfreie Menschenbildung, über die sich das selbst bestimmende Individuum die Welt aneignet und sich zur Persönlichkeit entwickelt. Unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen muss als Deutschlands wichtigstes Gut für die Zukunft verstanden und kommenden Generationen verfügbar gemacht werden.

Frühkindliche Pädagogik als Gewährleistung einer altersgerechten verlässlichen Umgebung auf emotionaler Vertrauensbasis

Wir fordern die Wahlfreiheit für Eltern, die ihr Kind zu Hause erziehen möchten, gleichzeitig aber auch die Aufwertung des pädagogischen Fachpersonals im frühpädagogischen Bereich und einen niedrigen Betreuungsschlüssel.

Kindergärten sind Orte des spielerischen Lernens. Kinder lernen in einer funktionierenden Beziehungswelt. Nur wenn sie sich emotional gesichert fühlen, können sie sich unbeschwert entfalten und mit allen Sinnen ihre Umwelt erschließen. Eine Überfrachtung mit künstlichen frühkindlichen Lernprogrammen lehnen wir ab.

Keine ideologische Indoktrination durch grün-roten Bildungsplan

Wir fordern eine sofortige Zurücknahme des grün-roten Bildungsplanes. Schule ist ein Lern- und Leistungsort. Die ideologische Indoktrination des grün-roten Bildungsplanes ist sofort zu beenden.

Wir sind gegen den Ansatz des grün-roten Bildungsplanes, bei dem ideologische Indoktrination einen höheren Stellenwert gewinnt als Leistung und Lernen. Moralische Qualitäten können sich nur durch eine gesunde Entwicklung der Persönlichkeit und durch Vorbilder entfalten. Sexualekundeunterricht sollte altersgerecht erfolgen, der Frühsexualisierung ist gegenzusteuern.

Kinder nicht in die Ganztagschule zwingen

Wir fordern neben den Ganztagschulen auch weiterhin Halbtagschulen und Schulen mit wenig Nachmittagsunterricht für alle Kinder in erreichbarer Entfernung.

Am Nachmittag findet wichtige Förderung statt wie zum Beispiel Musikunterricht oder Aktivitäten in den Sportvereinen. Die freiwillige Aktivität, sei es im Spielen der Kinder in der Natur, im freiwilligen Lernen oder im Leistungssport der Jugendlichen ist wichtig für die gesunde Entwicklung. Sie kann durch Schule nicht ersetzt werden.

Lehrmittelfreiheit herstellen und Elternbeiträge zur Schülerbeförderung abschaffen

Wir fordern vollumfängliche Lehrmittelfreiheit und die elternanteilfreie Schülerbeförderung.

Es ist ein Gebot der Bildungschancengleichheit, jedem Kind die Schülerbeförderung und den Zugang zu Lehrmitteln zu ermöglichen. Das Land hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden den durch Schulgeld und Lehrmittelfreiheit entstehenden Ausfall und Mehraufwand zu ersetzen.

Unser bewährtes leistungsorientiertes und gegliedertes Schulsystem erhalten

Die AfD steht für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und ein hohes Maß an Bildungsdurchlässigkeit. Die Schüler werden in allen Schultypen unter besonderer Berücksichtigung der Persönlichkeitsentwicklung individuell gefördert und gefordert.

Wir können selbstbewusst auf eine einzigartige Bildungstradition in Deutschland verweisen und müssen Bildungsmoden nicht hinterherlaufen. Stattdessen müssen wir uns wieder auf unsere Grundsätze besinnen, die uns zu einer führenden Wissenschaftsnation gemacht haben.

Die staatliche Bevorzugung der Gemeinschaftsschule beenden

Wir fordern eine sofortige Beendigung der finanziellen Bevorzugung der Gemeinschaftsschule gegenüber Realschule und Gymnasien.

Wir sind gegen den ideologischen Ansatz der Gleichmacherei, wie er in der Gemeinschaftsschule Programm geworden ist. Es wird weder Neugründungen geben noch zwangsweise Umstellung von Realschulen zu Gemeinschaftsschulen. Es ist sicherzustellen, dass die herkömmlichen Schulformen, insbesondere Realschule und Gymnasium auch in ländlichen Gebieten in erreichbarer Entfernung vorhanden sind.

Das leistungsorientierte Gymnasium bewahren

Wir stehen für einen hohen Anspruch an unsere gymnasiale Bildung. Allen Tendenzen zur Abschaffung des Gymnasiums stellen wir uns entgegen. Neben G8 muss auch G9 weiterhin angeboten werden.

Ein stärkerer Fokus auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer im Gymnasium ist wichtig, um die Studierfähigkeit und die Standards in diesen Fachbereichen sicherzustellen sowie den Anteil der Studenten dieser Fachrichtungen zu erhöhen. Der deutschen und europäischen Geistesgeschichte, insbesondere der Literatur, der Geschichte, der Philosophie, der bildenden Künste und der Musik ist ebenfalls ein wichtiger Platz in der gymnasialen Bildung einzuräumen.

Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Die verbindliche Grundschulempfehlung ist wieder einzuführen. Dies bedeutet keine Festlegung der Schüler auf einen weiteren Lebensweg. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei entsprechender Leistung möglich.

Die Gymnasien haben zunehmend mit einer inhomogenen Schülerschaft zu tun. Das Resultat ist entweder das Sitzenbleiben vieler Schüler oder Druck der Schulbehörden auf die Lehrer auf Absenkung des Schulniveaus. Dies werden wir nicht zulassen. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei Nachweis entsprechender Leistungen durch Noten oder durch Aufnahmeprüfung jederzeit möglich.

Die Realschule als bewährten Schultyp erhalten und ausbauen

Wir fordern eine Stärkung der Realschulen, damit die vorhandenen Ausbildungsplätze mit ausreichend Bewerbern besetzt werden können. Die berufliche Bildung ist statt des Akademisierungswahns durch gute duale Ausbildung zu fördern.

Der Realschule als Schultyp der Sekundarstufe I kommt eine wichtige Schlüsselfunktion zu: Sie ist allgemeinbildend und leistungsorientiert. Sie ist der Mittler zwischen dualer und akademischer Ausbildung. Sie hält die Chance auf den Besuch eines Gymnasiums offen und ermöglicht Absolventen mit einer qualifizierten Mittleren Reife den Besuch eines beruflichen Gymnasiums ohne weitere Prüfung.

Berufspraktisches Profil der Werkrealschulen fördern

Werkrealschulen bereiten gezielt auf eine Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems vor und enthalten ein hohes fach- und berufspraktisches Unterrichtsangebot.

Werkrealschüler werden sehr gerne in mittelständischen Betrieben ausgebildet. Im Handwerk sind in besonderem Maße praktisches Wissen und praktische Erfahrungen gefragt. Auf die

Erlangung dieser Fähigkeiten muss gezielt hingearbeitet werden. Abschlussgefährdete Schüler werden in speziellen Projekten mit noch höheren Praxisanteilen zur Berufsschulreife geführt. Möglichst jeder Schüler soll mit einem qualifizierten Abschluss seine Schullaufbahn abschließen.

Sonderschulen und das Studienprofil „Sonderschullehrer“ erhalten

Wir fordern den Erhalt der spezialisierten Sonderschulen. Für viele Behinderungen braucht es gesondert ausgebildete Lehrkräfte. Zudem kann in Spezialschulen auf besondere Schwierigkeiten im Elternhaus reagiert werden.

Der Umgang mit behinderten Jugendlichen braucht besondere Ausbildung und eine besondere Eignung der Lehrkräfte. Lehrer mit der Qualifikation Sonderpädagogik sind hochqualifizierte Lehrkräfte. Diese Qualifikation ist nicht in einem Schnellkurs nebenbei zu erwerben. Der Umgang mit behinderten Menschen ist für einige Menschen Berufung, für andere Überforderung. Diese verantwortungsvolle Aufgabe gehört in die Hände von gut ausgebildetem Fachpersonal.

Inklusion nicht zu Lasten lernwilliger und begabter Kinder erzwingen und Überforderung der Lehrkräfte vermeiden

Die Inklusion darf nicht das Lernen der Mitschüler beeinträchtigen, denn auch diese haben ein Recht auf optimale Förderung.

Bei schwerer körperlicher oder geistiger Behinderung kann die Inklusion leicht zur Überforderung der Mitschüler und Lehrkräfte sowie der betroffenen Schüler selbst führen. Es ist Aufgabe des Lehrers, einen guten Unterricht für begabte Schüler zu bieten und hier eine hohe Fachkompetenz zu zeigen. Eine Überfrachtung mit fachfremden Kompetenzen ist nicht zu verlangen. Es ist von Vorteil für alle Betroffenen, wenn schwer lernbehinderte Kinder in Sonderschulen unterrichtet werden.

Die deutsche Sprache fördern

Die korrekte Beherrschung der deutschen Sprache muss ein Unterrichtsziel an allen Schulen sein. Für Schüler mit Migrationshintergrund fordern wir in den ersten Jahren Förderunterricht

Einige Schüler lernen die deutsche Sprache nur unvollkommen. Hiergegen müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Alle in Deutschland geborenen Kinder sollten die deutsche Sprache perfekt beherrschen. Im Deutschunterricht müssen den Schülern umfassende Kenntnisse der deutschen Literatur, insbesondere der Klassiker, vermittelt werden. Auch das Interesse für deutsche Gegenwartsliteratur ist zu fördern.

Die Autorität der Lehrer stärken

Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, durch effiziente pädagogische Maßnahmen den Unterricht zum Wohle der lernwilligen Schüler zu gestalten.

Sowohl während des Unterrichtes als auch gegenüber Schulverweigerern ist Unterrichtsdisziplin einzufordern und konsequent durchzusetzen. Die Rektoren und Lehrer aller Schularten erhalten Rückendeckung der Schulbehörden, um überall die geforderte Disziplin durchzusetzen und die Konzentration auf Lernen und Lehren zu unterstützen.

Bewährte Ausbildungswege bewahren und ausbauen

Das duale Ausbildungssystem mit Gesellen- und Meisterbrief, der inzwischen auch das Hochschulstudium ermöglicht, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor Baden-Württembergs. Dieses System ist weiter zu stärken und auszubauen. Jugendliche, die eher praktische Fähigkeiten besitzen, sollten bereits ab dem 15. Lebensjahr eine Lehre beginnen können. Der Diplomabschluss an Hochschulen sollte wieder eingeführt werden. Allgemeinbildende Schulen müssen durch Grundwissensvermittlung in Naturwissenschaften, Wirtschafts- und IT-Themen bessere Grundlagen für Studiengänge schaffen.

Betriebe benötigen leistungs- und teamfähige Mitarbeiter, denen das Land Baden-Württemberg ein lebenswertes Umfeld bereitstellt. Die Politik muss gemeinsam mit der Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, die die Minimierung von Arbeitslosigkeit zum Ziel haben. Jeder Bürger sollte die Möglichkeit einer eigenen Erwerbstätigkeit im Rahmen seiner Fähigkeiten erhalten, damit er eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben kann.

Freiheit für Universität und Hochschule

Hochschulautonomie stärken

Wir brauchen eine deutliche Stärkung der akademischen Freiheit und Autonomie, damit die Hochschulen ihren besonderen feld- und fachspezifischen Regeln folgen können. Nur dann können sie gute Ergebnisse in Forschung und Lehre erzielen.

Die Hochschulräte in der jetzigen Form sind aufzuheben, weil sie unzulässig in die Freiheit von Forschung und Lehre eingreifen. Stattdessen sollten die akademischen Senate und Fakultätsräte als Entscheidungsträger in den Hochschulen gestärkt werden. Durch das neue Landeshochschulgesetz sind die Hochschulen – durch Hochschulräte und Akkreditierungsagenturen – in zusätzliche Abhängigkeit geraten, die es aufzuheben gilt. Auch das Ministerium behält in vielen Belangen das letzte Wort. Hinzu kommt die steigende Abhängigkeit von Drittmittelgebern aus der Wirtschaft, Bund, Land und Europäischer Union.

Hervorragende Bedingungen für Forschung und Lehre an Hochschulen schaffen

Die AfD setzt sich für wettbewerbsfähige und forschungsorientierte Universitäten ein. Hierbei kommt der Grundlagenforschung eine zentrale Bedeutung zu. Dafür bedarf es einer höheren Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Hochschulen und eine weitere Lockerung des Kooperationsverbots.

Neue Technologien und Innovationen müssen als Chance begriffen werden, Kooperationen mit der Privatwirtschaft durch Drittmittelprojekte sind daher wichtig und notwendig. Umso mehr muss aber darauf geachtet werden, dass die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewahrt bleibt. Starke Universitäten und unabhängige Forschung brauchen eine gesicherte Grundfinanzierung seitens des Staates. Der Staat sollte jedoch darauf verzichten, einzelne Hochschulen zu Elite-Universitäten auszubauen. Der Elite-Status muss sich im freien Wettbewerb zwischen den Hochschulen herausbilden, er kann nicht verordnet werden.

Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten

Immer mehr Studiengänge werden in Deutschland und Baden-Württemberg auf das Englische umgestellt. Die AfD beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und verlangt einen bundesweiten politischen Aktionsplan zum Erhalt des Deutschen als Wissenschaftssprache.

Die AfD bekennt sich zur internationalen Orientierung und Konkurrenzfähigkeit der heimischen Spitzenforschung. Dies darf aber nicht dazu führen, dass ein wichtiger Kulturauftrag der Universitäten, nämlich die Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Sprache im Rahmen der Wissenschaft, darunter leidet. Kultur- und geisteswissenschaftliche Studiengänge müssen in Deutschland – auch und gerade im Exzellenzbereich – in deutscher Sprache angeboten werden. Bei den stärker internationalisierten und weniger sprachlastigen ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Studiengängen ist zumindest sicherzustellen, dass die Grundlagen weiterhin auch in Deutsch vermittelt werden und ein Studienabschluss in deutscher Sprache dauerhaft möglich bleibt.

Misstände der Bologna-Reform beseitigen, den „Diplom-Ingenieur“ wieder einführen

Die hohe Regelungsdichte der Bachelor- und Masterstudiengänge muss verringert werden und die Universitäten sollten die Freiheit erhalten, auch durchgängig wieder Diplomstudiengänge anzubieten. Die weder wissenschaftlich noch demokratisch legitimierten Akkreditierungsagenturen sind abzuschaffen.

Nach Ansicht der AfD weist die sogenannte Bologna-Reform eine weitgehend negative Bilanz auf. Die Überregulierung und Verschulung der Universitäten muss zurückgefahren und die alte akademische Freiheit so weit wie möglich wieder hergestellt werden. Dazu gehört die Abkehr von der Modularisierung des Studiums, die Abschaffung der Akkreditierungsagenturen und die Wiedereinführung von Diplomstudiengängen. Der akademische Abschlussgrad „Diplom-

Ingenieur“ genießt deutschlandweit und international seit mehr als einem Jahrhundert einen hervorragenden Ruf und ragt im internationalen Bildungsbereich als Prädikatsmarke hervor. Für die AfD ist der „Dipl.-Ing.“ auch ein akademischer Grad mit Zukunft.

Chancengleichheit wiederherstellen – Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquoten abschaffen

Die an allen baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen per Gesetz installierten sogenannten Gleichstellungsbeauftragten sollen angeblich die Chancengleichheit von Frauen und Männern garantieren. In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote – regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern. Die AfD fordert ihre ersatzlose Abschaffung.

Die AfD bekennt sich zum Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie er im deutschen Grundgesetz festgeschrieben ist. Dass dieser Grundsatz vom baden-württembergischen Hochschulrecht größtenteils missachtet wird, zeigt schon § 4 des Landeshochschulgesetzes, wonach die Gleichstellungsbeauftragten ausschließlich von den weiblichen Mitgliedern der Hochschule gewählt werden. Die Frauenquote tut ein Übriges, um regelmäßig männliche Bewerber aus rein geschlechtsspezifischen Gründen zu diskriminieren. Die AfD verlangt mit Nachdruck eine Beendigung dieser Praxis sowie die ersatzlose Streichung aller entsprechenden Gesetze und Paragraphen. Sie tritt auch der geplanten Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes und der Einführung von Quoten in das Landeswahlgesetz strikt entgegen. Wie in der Wirtschaft so darf die Stellenvergabe auch in der Wissenschaft allein nach Leistung und fachlicher Eignung erfolgen. Erst dann herrscht auch wieder Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern.

VIII. Für eine Landespolitik als Partner unserer Wirtschaft

Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gilt es, eine Startup- und Bleibekultur für Klein-, Mittelstands- und Großunternehmen zu schaffen, die Unternehmer, Investoren und Arbeitnehmer gleichermaßen überzeugt und begeistert.

Regierung, Behörden und Kommunen müssen sich als wirkliche und haftbare Partner auf Augenhöhe mit der Wirtschaft verstehen und mit dieser zusammenarbeiten. Durch ein partnerschaftliches Selbstverständnis wird ein vertrauensvolles Klima geschaffen, das Investitionen schnell und effizient ermöglicht. Hierfür ist die Reduktion der stetig zunehmenden Bürokratie unabdingbar, die seit Jahren jede positive Vision für die Zukunft ausbremst. Zu dieser angestrebten Partnerschaft gehört auch eine Unternehmens- und arbeitnehmerfreundliche Steuerpolitik. Weitere wesentliche Elemente sind gute Finanzierungsmöglichkeiten für Bürger, Unternehmen – vom Startup bis zum Großunternehmen – sowie für Kommunen.

Um den qualitativ hochwertigen Weltwirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu erhalten und weiter auszubauen, brauchen wir qualifizierte und motivierte Menschen. Basis und Grundvoraussetzung hierfür sind gute und vielfältige Schulbildungswege. Das duale Ausbildungssystem gilt es auszubauen, um Menschen, die eher praktisch veranlagt sind, nach Eignung und Reife ggf. ab dem 14. Lebensjahr nach Fähigkeiten und Talenten auszubilden. Universitäten sollen wieder das Recht erhalten, Diplom-Studiengänge abweichend vom Bologna-Modell anzubieten.

Baden-Württemberg ist geprägt vom Mittelstand: 98 Prozent aller Unternehmen gehören dazu, etwa 90 Prozent sind Familienunternehmen. Der Mittelstand stellt etwa 65 Prozent aller Arbeitsplätze. Zahlreiche Produkte aus Baden-Württemberg und dessen Technologie sind weltweit führend. Unser Bundesland kann stolz sein auf seine zahlreichen Weltmarktführer.

In unserer globalisierten Welt müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die unsere Unternehmen weiterhin weltweit konkurrenzfähig halten. Das Land Baden-Württemberg muss dazu eine moderne und zukunftsorientierte Infrastruktur bereitstellen. Dazu gehören neben allen Verkehrswegen vor allem ein massiver breitbandiger Ausbau der digitalen Vernetzung auch in den ländlichen Regionen und eine langfristige Sicherstellung äußerst preiswerter Energieversorgung.

TTIP, CETA und TISA lehnt die AfD ab! Da allesamt geheim ausgehandelt, verschleiern diese Abkommen unter dem Deckmantel des Freihandels einen massiven Demokratieabbau und bedrohen langfristig die Existenzgrundlage vieler Menschen auch in Baden-Württemberg.

Die Abgabenlast für Bürger und Unternehmen muss gesenkt werden. Dazu gehört auch, dass das Land Forderungen nach Steuerentlastungen auf Bundesebene durchsetzt. Innerhalb von Baden-Württemberg ist die Finanzierung der Kommunen umfassend zu reformieren, sodass Grundsteuern und andere Abgaben und Gebühren für Bürger und Unternehmen gesenkt oder abgeschafft werden können.

Volksentscheide und der Respekt der Politik vor dem Bürgerwillen sind die Basis für die angestrebte gelebte Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft.

Das Land muss Partner der Wirtschaft sein

Wir fordern einen intensiven und ehrlichen Dialog zwischen dem Land und der Wirtschaft mit klaren und verlässlichen Vereinbarungen.

Eine Partnerschaft muss ständig aufs Neue belebt werden. Hierfür müssen neue Kommunikationswege eingerichtet werden. Land und Wirtschaft müssen Vertrauen zueinander haben, dass einmal getroffene Entscheidungen auf Dauer Bestand haben.

Standortvorteile herausstellen

Das Land muss ein aktives Ansiedlungs- und Bleibe-Management für Unternehmen schaffen.

Baden-Württemberg kann stolz sein auf seine Möglichkeiten als Wirtschaftsstandort. Wir bieten hervorragend qualifiziertes Personal, eine gute Verkehrs- und Kommunikations-Infrastruktur und aufgeschlossene Kommunen, die sich für Unternehmen einsetzen und attraktiven Wohnraum bieten. Diese Vorteile müssen weiter ausgebaut werden. Wir müssen erreichen, dass Baden-Württemberg noch mehr als heute als Premium-Standort weltweit bekannt wird.

Steuern und Abgaben senken

Die AfD setzt sich für die Senkung der Steuern und Abgaben sowie für praktizierte Steuergerechtigkeit ein.

Das Land hat für eine klare Besteuerung der Unternehmen zu sorgen. Umsätze und Gewinne dürfen nicht verschoben werden. Sie werden dort versteuert, wo sie anfallen. Steuerdumping wie zuletzt in Luxemburg und in Irland, ist entgegenzutreten.

Mittelstand stärker fördern

Die AfD setzt sich dafür ein, den Mittelstand stärker zu fördern. Zum Mittelstand gehören die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die mit Erfindungsreichtum, Mut und Ausdauer Arbeitsplätze schaffen und so dazu beitragen, den Wohlstand in unserem Land zu sichern.

Die Mittelstandsorganisationen finden kaum noch Gehör und viele mittelständischen Unternehmen können es sich im Unterschied zu internationalen Konzernen nicht leisten, Lobbyisten zu beschäftigen. Diesem Ungleichgewicht entgegenzutreten und dem Mittelstand eine „starke“ Stimme zu geben, dafür steht die AfD.

TTIP und TISA verhindern

Mit den beiden Verträgen TTIP (Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen) und TISA (Transatlantisches Dienstleistungsabkommen) plant die EU-Kommission gemeinsam mit der US-Regierung eine weitere umfassende Übertragung von Souveränitätsrechten der EU-Mitgliedsstaaten auf die EU. Die AfD lehnt dies entschieden ab.

Für eher begrenzte Handelsvorteile, die auch auf andere, die Souveränität nicht gefährdende Weise zu erlangen wären, nimmt die Bundesregierung im Verein mit der EU die Entmachtung demokratischer Institutionen und die Übertragung von Staatsfunktionen auf demokratisch nicht legitimierte private Einrichtungen in Kauf. Sie akzeptiert die Schaffung einer Paralleljustiz in Gestalt internationaler Schiedsgerichte und die massive Einschränkung der kommunalen Autonomie durch wettbewerbslenkende Maßnahmen wie z.B. Privatisierungsvorschriften. So sollen z.B. einmal privatisierte staatliche Aufgaben faktisch nicht mehr in die staatliche Hoheit zurückgeführt werden können. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass Gesetzesentwürfe schon im Vorfeld in einem sogenannten „Rat zur Kooperativen Regulation“ auf Ihre TTIP-Konformität überprüft werden sollen. Hiermit würde dem Lobbyismus ein institutionalisierter Rechtsanspruch zugebilligt. Zur Durchsetzung sollen die Abkommen ab Ratifizierung in der EU sofort in allen EU-Staaten „vorläufig“ in Kraft treten.

Die AfD lehnt dies kategorisch ab und fordert stattdessen bilaterale Abkommen mit den USA über den Abbau bürokratischer Handelshemmnisse, die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten sowie die allmähliche Angleichung der technischen Normung über die internationale Normenorganisation ISO.

Internationale Handelsabkommen nur auf Augenhöhe

Die AfD tritt für freien Handel und fairen Wettbewerb zwischen allen Ländern der Erde ein.

Entsprechende Abkommen sind unabdingbar für die Wirtschaft in Baden-Württemberg, sie dürfen aber nicht von Lobbyisten diktiert werden und müssen für alle Beteiligten Sicherheit und gleiche Regeln in allen definierten Bereichen beinhalten. Verbraucherschutz, der Umweltbereich, Gesundheit, Recht, Investitionen, Arbeitsbedingungen, Kultur, Bildung, Infrastrukturen der Daseinsvorsorge (Telekommunikations- und Energienetze, Wasser, Umwelt) sind dabei besonders schützenswert. Die Verhandlungen bei internationalen Handelsabkommen sind transparent und unter Beteiligung der Wirtschaft, Verbände, Wissenschaftler und Bürger zu führen. Nur dieses Vorgehen schafft eine allgemeine breite Akzeptanz und legt einen Grundstein zum Erfolg. Bürger und Unternehmen sind im Rahmen der demokratischen Strukturen an den Entscheidungen zu beteiligen.

Wirtschaftssanktionen abbauen

Wir setzen uns für gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und für einen Abbau der Wirtschaftssanktionen ein.

Wirtschaftssanktionen sind grundsätzlich zu vermeiden, denn sie schaden in aller Regel allen Beteiligten. Sie sind insbesondere kein geeignetes Mittel, um den Ukraine-Konflikt zu lösen. Die Sanktionen treffen Unternehmen in Baden-Württemberg und Deutschland stärker, als sie Russland schaden. Zudem ist gerade unter schwierigen politischen Verhältnissen Vertragstreue in Beziehungen zwischen Staaten eine wichtige Grundlage zur Lösung von Konflikten.

Mehr Arbeitsplätze durch Flexibilität

Die AfD wird sich dafür einsetzen, auch im Arbeitsmarkt eine größere Flexibilität zu schaffen. Überzogene Schutzregelungen sind zu überprüfen und zu überarbeiten.

Arbeitnehmer brauchen ein gewisses Maß an Schutz, da sie grundsätzlich in einer schwächeren Position als ihre Arbeitgeber sind. Entstandene Überregulierungen, die sogar zum Nachteil der Arbeitnehmer geworden sind, müssen jedoch abgebaut werden. Nur wenn die Arbeitgeber flexibel reagieren können, werden sie auch ausreichend Arbeitsplätze schaffen. Insbesondere für Existenzgründer muss es mindestens in den ersten drei Jahren erhebliche bürokratische Entlastungen geben, um Beschäftigung und Wachstum zu schaffen und zu sichern.

Leiharbeit und Werkverträge reduzieren

Die AfD strebt eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen an.

Dies eröffnet neue Chancen, Personalüberlassung klarer und fairer zu regeln und Werkverträge auf ihren ursprünglichen Sinn zu begrenzen. Der missbräuchliche Einsatz von Leiharbeitsverhältnissen und Werkverträgen wird dadurch unattraktiv und eingedämmt.

Planungssicherheit erhöhen

Die AfD fordert, dass Anträge an die Behörden zeitnah innerhalb festgelegter Fristen entschieden werden müssen.

Jede Firma braucht Planungssicherheit, ansonsten werden Investitionen ausbleiben. Hierfür müssen leicht verständliche Vorschriften geschaffen werden, die keine unnötigen Barrieren beinhalten und die Bürokratielast innerhalb der Unternehmen selbst verringern. Diese Vorschriften müssen für die Unternehmen Bestand haben. Insbesondere für Investitionen müssen die erforderlichen politischen Entscheidungen schnell und unbürokratisch getroffen werden.

Verzahnung der Leistungserbringer verbessern

Die AfD setzt sich für eine einheitliche und klare Zuständigkeit für jeden Antrag ein.

In unserer vernetzten Welt ist es erforderlich, dass alle Leistungserbringer schnell und effizient zusammenarbeiten. Es darf nicht länger sein, dass beispielsweise bei größeren Bauinvestitionen zahlreiche Behörden eigenständige Stellungnahmen oder gar konkurrierende Entscheidungen treffen. Der Bund, das Land, die Kommunen und erforderlichenfalls die EU müssen hier transparente und eindeutige Zuständigkeiten schaffen. Subsidiarität hat dabei Vorrang, das Nebeneinander ist zu beenden. Verwaltungs- und Geschäftsprozesse sind vollständig zu digitalisieren. Gleichzeitig muss eine sichere Netzwerk-Infrastruktur aufgebaut werden.

Bürokratieabbau endlich angehen – weniger Vorschriften und mehr Freiraum

Ca. 90.000 Vorschriften und Gesetze verursachen ca. 40 Mrd. EUR Kosten pro Jahr. Verwaltungsvorschriften und Gesetze müssen hinsichtlich Sinn, Kosten und Nutzen auf den Prüfstand und ggf. ersatzlos abgeschafft werden. Kleinere Betriebe müssen von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden. Die Zugehörigkeit zu Kammern muss freiwillig sein.

Unter Mitwirkung aller relevanter Stellen und der Wirtschaftsverbände ist eine zentrale Informations- und Ausführungsplattform ("One Stop Agency") als zentrale Anlaufstelle für alle behördlichen Interaktionen zu schaffen. Deregulierung muss die Existenzgründung erleichtern, um Beschäftigung und Wachstum zu schaffen und zu sichern. Verwaltungs- und Geschäftsprozesse sind wo immer möglich zu digitalisieren. Sichere Netzwerk-Infrastrukturen sind auszubauen, damit Rationalisierungspotentiale (Industrie 4.0) erschlossen und Wettbewerbsvorteile erzielt werden können. Wir fordern mehr Freiheiten für Selbständige und setzen uns deshalb für eine Deregulierungsoffensive ein. Im Rahmen einer Deregulierungsoffensive streben wir die Beendigung von Zwangsmitgliedschaften in Organisationen wie der Arbeitnehmer- oder Industrie- und Handelskammer an und fordern mehr Freiheiten für Selbständige und kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs).

IX. Für eine leistungsfähige Infrastruktur im Land

Kfz- und Mineralölsteuer für den Verkehrswegebau einsetzen

Die Zweckentfremdung des überwiegenden Anteils der Kfz-Steuer ist für viele Bürger nicht nachvollziehbar.

Durch fortlaufende Einsparungen bei Infrastrukturmaßnahmen im Straßenverkehr hat sich ein erheblicher Investitions- und Reparaturstau ergeben. Sehr viele Straßen und Brücken müssen

dringend saniert werden. Straßenausbau und Neubau werden immer weiter in die Zukunft geschoben. Anstatt an sinnvollen Stellen Brücken und Tunnel zu bauen, werden oft Billiglösungen mit erheblichem Landschaftsverbrauch in Kauf genommen. Die AfD fordert, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat dafür einsetzt, die Zweckentfremdung der Kfz-Steuer durch den Bund zu beenden. Dadurch würden ausreichend Mittel für Ausbau und Erhalt der Straßen zur Verfügung stehen.

Infrastrukturmaßnahmen schnell und konsequent umsetzen

Die Region Stuttgart nimmt einen bundesweiten Spitzenplatz in der Häufigkeit und Länge von Verkehrstaus ein. Die Realisierung von Infrastrukturmaßnahmen dauert in vielen Fällen viel zu lange. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Selbstverständlich müssen Einwände der Bürger, des Naturschutzes sowie der Landwirtschaft bei Infrastrukturmaßnahmen geprüft werden und können erforderlichenfalls zu Planänderungen führen. Hierbei ist jedoch eine kurze Zeitschiene einzuhalten. Länger als drei Jahre sollte eine Infrastrukturmaßnahme von Beginn der ersten Bürgeranhörung bis zur Realisierung nicht dauern. Neben einer kompetenten Planung ist hierfür auch eine entsprechende Gesetzgebung notwendig. Auch Maßnahmen, die durch Private initiiert werden, sollten unter diesen Zeitrahmen fallen. Die AfD spricht sich daher für klare Planungsrichtlinien sowie für gestraffte Verfahren aus.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Zugverkehr weiter ausbauen

Der Öffentliche Personennahverkehr benötigt neue Ideen, um noch attraktiver für die Fahrgäste und kosteneffizient für die Kommunen und Kreise zu werden.

Bereits existierende Netzfahrkarten-Modelle sollten um innovative Ideen ergänzt werden: So beispielsweise mit einer Berechtigung für Leihfahrräder, die an Knotenpunkten zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb Baden-Württembergs sollte außerdem ein einheitliches System von Entfernungszonen für alle öffentliche Verkehrsmittel eingeführt werden, um eine höhere Qualität und Attraktivität des ÖPNV zu erreichen.

Privaten Autoverkehr nicht ausbremsen

Innerhalb der Stadtzonen sollten genügend Parkflächen zur Verfügung stehen. In städtischen wie ländlichen Regionen sind neue Mobilitätskonzepte wie zum Beispiel Carsharing zu fördern.

Die Landespolitik sollte hierbei mit unserer baden-württembergischen Automobilindustrie zusammenarbeiten, um rechtzeitig die rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Ebenso sollte die Politik gegenüber Alternativen zum herkömmlichen Personennahverkehr offen sein, sofern

diese pragmatisch sind und Vorteile für alle Beteiligten bringen. Baden-Württemberg könnte dadurch außerdem Vorreiter und Exporteur neuer Mobilitätskonzepte werden.

Gängelung der Autofahrer beenden

Geschwindigkeitsbeschränkungen dürfen nur aus dem Aspekt der Verkehrssicherheit oder aus begründeter Rücksichtnahme auf die Anwohner resultieren. Die Gängelung der Bürger durch Pseudoargumente ist abzulehnen.

Baden-Württemberg ist als Flächenland mit einem hohen Anspruch an sich selbst hinsichtlich Standort- und Lebensqualität auf gute und schnelle Verkehrsverbindungen zwischen den Zentren und in den ländlichen Raum hinein angewiesen. Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen Umweltschutz oder Luftreinhaltung sind, da mittlerweile fast alle Fahrzeuge Euro-2 oder höher erfüllen, sinnlos und stellen eine bloße Gängelung dar. Wir fordern eine Überprüfung existierender Geschwindigkeitsbegrenzungen auf ihre Sinnhaftigkeit hin und mahnen an, verstärkt in Lärmschutzbauten zu investieren, um Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Lärmschutzgründen allmählich unnötig zu machen.

Breitbandausbau auch in der Fläche fördern

Die AfD forciert den flächendeckenden Breitbandausbau.

Der Zugang zu schnellen Datennetzen ist gleichzeitig der Zugang zu Rechenkapazität und Information. Er ist essenziell für Wertschöpfung, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie 4.0. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Ausbau daher zu forcieren.

X. Für sichere Energieversorgung und bezahlbare Energie

Deutschland ist ein Industrieland, dessen Wohlstand dem Erfolg seiner wertschöpfenden Unternehmen entspringt. Das trifft insbesondere auf Baden-Württemberg zu. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes beruht auf sicher verfügbarer und bezahlbarer Energie. Elektrischer Strom ist die hochwertigste und anwendungsfreundlichste Energieform. Sein Nachteil ist die fehlende Speicherbarkeit. Produktion und Verteilung lassen sich nicht entkoppeln. Deshalb ist die Stromversorgung eine zentrale Dienstleistung. Ein bestimmender Faktor für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist die bleibende Verfügbarkeit bezahlbarer Energie an jedem Ort und zu jeder Zeit.

Die Politik hat den Klimawandel zu einer menschengemachten Klimakatastrophe hochstilisiert. In Deutschland geschürte Ängste vor Treibhausgasen und vor der Kernenergie führten und führen zur einseitigen Bevorzugung der sogenannten Erneuerbaren Energien. Diese haben in den letzten Jahrzehnten durch überreichliche Subventionierung einen Boom erlebt, der mit einer sichtbaren Beeinträchtigung der Umwelt verbunden ist und zu einer Verdoppelung des Strompreises führte. Das Grundproblem der schwankenden Verfügbarkeit der Erneuerbaren Energien ist unlösbar. Windkraftanlagen im windschwachen Baden-

Württemberg sind Fehlinvestitionen. Außerdem zerstören sie die Landschaft, bedrohen die Vogelwelt und wirken massiv gesundheitsschädlich für die Anwohner. Jeder weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg wird die negativen Folgen der Energiewende für unser Land weiter verschärfen. Die vom Zufall abhängigen Produktionsspitzen aus den Erneuerbaren Energien müssen kostenpflichtig ins Ausland entsorgt werden. Für die Grundlastsicherung ist der Ersatz der Kernkraft nur durch Kohle möglich.

Im Gegensatz zu energiepolitischen Illusionen, für die niemals jemand zur Verantwortung gezogen werden kann, steht die AfD für eine Energiepolitik, die Verantwortung für die kommenden Generationen ernst nimmt. Erkannte Fehlentwicklungen zurückzunehmen, ist nicht zukunftsfeindlich, sondern zukunftsichernd. Gegen Zukunftsangst und Planwirtschaft stehen wir für eine vielfältige und bezahlbare Energieversorgung.

Es gab und gibt bis heute keinen sachlichen Grund, von unserer ehemals weltweit sichersten und preisgünstigen Stromversorgung abzugehen.

Die energiepolitischen Hauptforderungen der AfD in Baden-Württemberg sind:

- Ein 10-jähriges Moratorium zur Beibehaltung des bestehenden Energiemixes
- Der Abbau der EEG-Subventionen
- **Zubau der „erneuerbaren Energien“ an physikalischen und ökonomischen Tatsachen orientieren**
- **Bau von Windkraftanlagen in dicht besiedelten Gebieten beenden**
- Keine Stromkontingentierung (Rationierung) und Überwachung der Privatsphäre durch ‚SmartMeter‘
- **Bezahlbares Wohnen, Bauen und Mieten durch Stopp der Energie-Einsparverordnung (EnEV)**

EU-Energieeinsparpläne neu verhandeln

Die AfD lehnt die 20%-Energieeinsparvorgabe der EU wegen der willkürlichen Festlegung als rein populistische Außenwirkung ab, denn sie ist ohne Nutzen, bevormundet die Bürger und schädigt massiv die energieintensive Industrie.

Die Energiestrategie der EU, bis zum Jahre 2020 den Primärenergieverbrauch aller Mitgliedsstaaten um 20% zu senken, ist illusorisch und im Hinblick auf die bis 2020 angestrebte Elektromobilität sinnlos und widersprüchlich. Sie hat die unbelegte Klimaschädlichkeit des anthropogenen CO₂ sowie den Willen zur Einsparung fossiler Ressourcen zur Grundlage. Die Hauptressource ist jedoch die technische Innovation, die sich aus dem freien Güteraustausch ergibt. Die EU-Verordnungen zu energiesparenden Glühbirnen, Duschköpfen,

Kaffeemaschinen, Staubsaugern und vielen Dingen des täglichen Lebens verbessern nach der bisherigen Erfahrung nicht deren Funktion. Die Einführung von energiesparendem Design darf nicht gegen den Willen des Verbrauchers erfolgen.

Pragmatismus statt Ideologie – keine CO₂-Minderungspolitik

Die Klimaschädlichkeit des anthropogenen CO₂ ist in der Fachwelt hoch umstritten, der deutsche Anteil am weltweiten CO₂ Ausstoß ist verschwindend gering. Solange die Hauptemittenten von CO₂ (BRIC - Staaten) die CO₂-Vermeidung Deutschlands zu einem globalen Nulleffekt machen, lehnt die AfD die deutsche CO₂-Vermeidung auch mit Hilfe von CO₂-Zertifikaten als „Klimaschutzmaßnahme“ ab.

Klima als mindestens 30-jähriges Mittel vom Wetter ändert sich naturgesetzlich immer, war noch nie konstant und kann daher ebenso wenig wie das Wetter geschützt werden. Selbst wenn bewiesen werden könnte, dass anthropogenes CO₂ einen schädlichen Einfluss auf das Klima ausübt, würde der minimale deutsche Beitrag zur weltweiten CO₂-Vermeidung durch die „Energiewende“ die Gefährdung unserer Energiesicherheit, die Schädigung unserer energieintensiven Industrie und die Kostenexplosion für die privaten Stromkunden nicht rechtfertigen.

Jetzigen Energiemix beibehalten

Der aktuell in Baden-Württemberg vorhandene Energiemix (Strom) ist für zehn Jahre festzuschreiben. Diese Zeit muss als 'Denkpause' (Moratorium) genutzt werden.

Das Moratorium darf sich nicht negativ auf bereits getätigte Investitionen auswirken. Eine kalte Enteignung der Versorger und - über den Umweg von Beteiligungen von Lebensversicherungen und Pensionskassen - des Bürgers, darf es dabei nicht noch einmal geben. Die Sicherheit von Investitionen ist für den Industriestandort Baden-Württemberg von wesentlicher Bedeutung.

Die Kerntechnikkompetenz in Baden-Württemberg erhalten

Weltweit sind 437 Kernkraftwerke in Betrieb. 70 weitere sind im Bau. Deutschland ist in Fragen der Kraftwerkssicherheit aufgrund kontinuierlicher Nachrüstungen seiner Kraftwerke noch unter den führenden Nationen und kann seine Kompetenz weltweit einbringen. Dazu ist Kerntechnik Innovationstreiber für viele Technologiefelder.

Aufgrund der deutschen Ausstiegsbeschlüsse befindet sich die gesamte Kernkraft-Branche hierzulande in Selbstauflösung. Baden-Württemberg braucht Kompetenz in Kerntechnik, denn Kerntechnik wird von der Medizin über die Energieerzeugung bis hin in die Industrie vielfältig genutzt.

Durch die gesetzlich vorgesehenen Abschalttermine wurden den Betreibern und Zulieferern alle Zukunftsoptionen genommen. Es können keine Rücklagen für den Rückbau gebildet werden. Dadurch finden keine Investitionen in die Fortschreibung der Sicherheitsstandards und der Regelwerke mehr statt. Hoch qualifizierte Mitarbeiter suchen sich langfristige Optionen. Dies kann dazu führen, dass Kernkraftwerke schon vor dem Abschalttermin stillgelegt werden müssen, da kein qualifiziertes Personal zum Betrieb zur Verfügung steht. Mit den Abschaltungen werden das Wissen und die Infrastruktur der Kerntechnik in Deutschland zerschlagen. Bei einer sich ab 2018 abzeichnenden Stromlücke kann dann nicht mehr auf die Kernkraftwerke zurückgegriffen werden.

An internationalen Programmen zur Kernforschung teilnehmen

Die AfD fordert, den Anschluss an den Stand der internationalen nuklearen Energieforschung zurückzugewinnen.

Seit den ersten deutschen Atom-Ausstiegsbeschlüssen im Jahr 1986 wurden auf allen Gebieten der Kernenergie wesentliche Fortschritte erreicht. Der internationale Forschungsverbund Gen IV entwickelt Reaktortechnik, die inhärent sicher, billiger zu bauen und leichter zu betreiben sein wird als die aktuell laufenden Reaktoren. Deutschlands forschungspolitisches Sektierertum dagegen geht so weit, dass man sich selbst elementaren Forschungsgemeinschaften wie dem Gen IV-Konsortium verweigert. Forschungsverbote für Kerntechnik müssen aufgehoben werden, denn wir können es uns nicht länger erlauben, den Vorsprung von Ländern wie Korea, Indien, Frankreich, Russland und den USA größer werden zu lassen. Die Forschung des KIT (Karlsruher Institut für Technologie) zur Endlagerung soll fortgesetzt werden. Baden-württembergische Universitäten müssen sich wieder an internationaler Kernforschung mit all ihren Aspekten beteiligen.

Zubau der „erneuerbaren Energien“ an physikalischen und ökonomischen Tatsachen orientieren

Aufgrund des vom Stromkunden hochsubventionierten Ausbaus von Wind- und Photovoltaikanlagen verfügt Deutschland über mehr „erneuerbare Stromerzeugungskapazität“ als es selbst zu Spitzenzeiten benötigt. Die AfD fordert, dass sich regenerative Energieerzeugung dem Wettbewerb stellt und nicht länger subventioniert wird.

Bei ausreichend Wind und Sonne entsteht schon jetzt die unhaltbare Situation, dass wir Strom gegen deutsche Zuzahlungen ans Ausland abgeben müssen, damit unsere Netze nicht wegen Überstroms kollabieren. Auch dafür steht der deutsche Stromkunde gerade. Ein weiterer ungezügelter Ausbau, wie ihn die grün-rote Landesregierung im für Windkraft ungeeigneten Baden-Württemberg plant, wird diese Misere drastisch verschärfen. Die AfD will den Zubau der „erneuerbaren Energien“ an den physikalischen Tatsachen sowie an der Wirtschaftlichkeit orientieren.

Bau von Windkraftanlagen in dicht besiedelten Gebieten beenden

Die grün-rote Landesregierung will bis zum Jahr 2020 1200 neue Windkraftanlagen in Baden-Württemberg errichten lassen. Rücksichtslos sollen dafür wertvolle Landschaften der Windenergie geopfert werden. Wirtschaftliche Bedenken werden ebenso beiseite gewischt wie Bedenken wegen Grundstücksentwertung, Schattenwurf oder Schallemissionen.

Windkraftanlagen (WKA) sollten im dicht besiedelten Baden Württemberg aber nur dort gebaut werden, wo es noch Standorte gibt, die durch hohes Windaufkommen die Rentabilität der Anlagen auch ohne EEG-Subventionen gewährleisten.

Im Genehmigungsverfahren sollten die Bürger in Form einer Bürgerbeteiligung von Anfang an gehört werden. Das Referenzertragsmodell, das den Betreibern von Windkraftanlagen an windschwachen Standorten die erhöhte Anfangsförderung länger gewährt als an guten Standorten, lehnen wir als nicht marktkonform ab. Während Bayern seine Bürger durch einen Mindestabstand von zehn Mal der Höhe der WKA schützt, gesteht Grün-Rot seinen Bürgern einen „Vorsorgeabstand“ von 700m zu, auch wenn das Windrad 200m hoch ist. Die AfD will sicherstellen, dass neue Anlagen wegen des Schattenwurfs und der Infraschallbelastung im Abstand von mindestens dem Zehnfachen der Bauhöhe der WKA von städtischen und dörflichen Siedlungen entfernt stehen.

Steuerung und Erfassung des privaten Stromverbrauchs verhindern

Die AfD lehnt die Erfassung und die Steuerung des privaten Energieverbrauchs mittels SmartMeter ab. Das verpflichtende „Rollout“ von intelligenten Zählern und SmartMeterGateways in Baden-Württemberg ist zu stoppen.

Wir wollen nicht, dass im Namen der Energiewende mit Hilfe von SmartGrids und Smart Metern durch ferngesteuertes Zu- und Abschalten von Geräten massiv in die Privatsphäre eingegriffen und diese ausspioniert werden kann. Daten über unser Verhalten in den eigenen vier Wänden dürfen nicht erhoben und an Dritte weitergegeben werden. Zudem sind Versorgungssysteme mit überlagerten digitalen Netzen Risiken durch Cyber-Attacken ausgesetzt. SmartGrids sind nur das Instrument zur Verwaltung des zukünftigen, politisch herbeigeführten Energiemangels.

EEG-Subventionen und Einspeisevorrang für Neuanlagen streichen

Als ersten Schritt eines Ausstiegs aus dieser Planwirtschaft fordern wir die ersatzlose Streichung des EEG. Die Förderung von Neuanlagen der „Erneuerbaren Energien“ ist zu beenden. Bestehende Rechtsansprüche aus dem EEG bleiben jedoch gewahrt.

Die planwirtschaftliche Förderung der Erneuerbaren Energien ist in den letzten 15 Jahren kostenmäßig völlig aus dem Ruder gelaufen. Weder die Umweltverträglichkeit noch

Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit wurden erreicht. Der unbedingte Einspeisevorrang ist (ebenso wie eine Quotierung) ein planwirtschaftliches Element und mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung des Energiesektors nicht vereinbar. Der Einspeisevorrang für Neuanlagen der Erneuerbaren Energien ist deshalb sofort zu beenden.

Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) streichen

Die AfD lehnt jede Gängelung der Hauseigentümer durch interventionistische Verordnungen und Gesetze ab. Mit der EnEV greift der Gesetzgeber tief in die Entscheidungs- und Selbstbestimmungsrechte von Hausbesitzern ein.

Die immer höheren EnEV-Auflagen sorgen wesentlich für die Teuerung im Wohnungsbau und den entsprechenden Anstieg der Mieten. Der nächste große Kostenanstieg steht im Jahr 2016 an, wenn die EnEV-Energieeinsparauflagen weiter angehoben werden! Unter dem Allzweckvorwand der „Klimarettung“ werden per Gesetz teilweise unsinnige, in jedem Fall teure und manchmal schädliche Maßnahmen (Dämmungen, Heizungszwangaustausch, Inspektionszwang für Klimaanlage) zur Energieeinsparung im Gebäudebestand vorgeschrieben. Sogar die staatliche KfW bestätigt, dass sich EnEV-Maßnahmen nicht aus den eingesparten Energiekosten finanzieren lassen.

Kein Fracking in Baden-Württemberg betreiben

Die AfD lehnt im dicht besiedelten Baden-Württemberg Fracking zur Ausbeutung der fossilen Rohstoffe Schieferöl und Schiefergas ab.

Beim Fracking wird ein Gemisch aus Chemikalien und Sand in tiefe Gesteinsschichten gepresst, um dem Gas das Entweichen aus dem Gestein zu ermöglichen. Dabei müssen auch grundwasserführende Schichten durchstoßen werden. Eine Kontaminierung des Grundwassers ist nicht mit 100%iger Sicherheit auszuschließen. Die Schiefergas- und Schieferölvorkommen in Baden-Württemberg sind zudem sehr gering.

Tiefe Geothermie nur nach Bürgerentscheid erlauben

Die Alternative für Deutschland fordert den verbindlichen Verzicht auf Probebohrungen und Bohrungen zur Nutzung der Tiefen-Erdwärme im Oberrheingraben, solange dies nicht per Abstimmung von einer Mehrheit der betroffenen Bürger gewünscht wird.

Zwar gilt die Verstromung von Erdwärme als zukunftssträchtige, umweltfreundliche und vergleichsweise sichere Technik zur Energieerzeugung, die an geeigneten Standorten schon heute wirtschaftlich sinnvoll ist. Dies gilt allerdings nicht für den Oberrheingraben, eine dicht besiedelte Region mit völlig anderen geologischen Verhältnissen als beispielsweise Island. Durch die erforderliche Bohrung bis in 3000 Meter Tiefe wären die Risiken (Grundwasserverschmutzung, kleine Erdbeben) größer und der mögliche Nutzen weitaus geringer.

XI. Für ein gutes und langes Leben im ländlichen Raum

Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen der Nachhaltigkeit und der Versorgungssicherheit. Bei Verbrauchern wie Erzeugern wollen wir eigenverantwortliches Handeln fördern. Wo immer es möglich ist, sollten die Verbraucher auf regional erzeugte Lebensmittel zurückgreifen können – ob aus biologischer oder konventioneller Produktion ist dabei weniger entscheidend als die Qualität der Produkte. Die fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr Regelungen und Verordnungen muss ein Ende haben. Entscheidungen – etwa über Nationalparks oder über ein neues Jagdrecht – müssen unter Einbeziehung aller Beteiligten auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschdenkens getroffen werden.

Den ländlichen Raum wirksam fördern

Der ländliche Raum muss durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen erhalten und gefördert werden. Die AfD unterstützt die Erarbeitung innovativer Konzepte für die Versorgung des ländlichen Raumes.

Der ländliche Raum in Baden Württemberg ist ein attraktiver Lebensraum mit aktivem Dorf- und Gemeindeleben und funktionierendem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das kann nur erhalten werden, wenn weiterhin öffentliche Mittel zur Förderung des ländlichen Raumes (2. Säule) in den Dörfern investiert werden. Dazu gehört der öffentliche Nahverkehr für die Anbindung an die Städte. Das erhöht den Wohnwert auf dem Lande und sorgt dafür, dass die junge Generation ihre Heimatgemeinde nicht zugunsten von Bildung oder Arbeit verlassen muss. Infrastrukturmaßnahmen und der Ausbau des Internets sind wesentliche Meilensteine, die es zu erreichen gilt. Die Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen und landwirtschaftlichen Familienbetrieben muss attraktiv gestaltet werden.

Haus- und fachärztliche Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Die Alternative für Deutschland fordert, die haus- und fachärztliche Grundversorgung flächendeckend auch im ländlichen Raum sicherzustellen und zu fördern. Mediziner, die sich während des Studiums verpflichten, nach ihrer Ausbildung im ländlichen Raum zu arbeiten, soll ein spezielles Stipendiensystem zu Gute kommen. Die Infrastruktur von Arztpraxen in unterversorgten Gebieten soll dezentral in Verantwortung der Gemeinden und unterstützt durch Finanzmittel des Landes ebenfalls gefördert werden. Zusätzlich sollen die Hausärzte auf dem Land besser entlohnt werden.

Die Gleichheit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land bleibt nur gewahrt, wenn auch auf dem Land eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung gesichert ist. Das derzeitige Praxissterben im ländlichen Raum belastet die dortige Lebensqualität und leistet der Urbanisierung und Entleerung der Dörfer mit all ihren negativen Erscheinungen weiteren Vorschub. In einem Flächenland wie Baden-Württemberg ist dies inakzeptabel. Um die medizinische Versorgung optimal zu sichern, fordert die AfD eine angemessene Anhebung der finanziellen Vergütung für selbstständige Hausärzte, wenn 90% des Versorgungsgrades im Land unterschritten werden.

Den Rettungsdienst vor Ort beschleunigen

Die Notfallversorgung hat aufgrund von finanziellen Engpässen Schaden genommen und ein kritisches Niveau erreicht. Dieser Entwicklung muss schleunigst entgegengetreten werden. Die AfD fordert deshalb, die Notfallversorgung im Land zu erhalten und patientengerecht auszubauen.

Die AfD fordert: Im Notfall muss ein Rettungswagen inklusive Rettungsassistenten und Rettungssanitäter spätestens in 10 Minuten nach der Alarmierung vor Ort sein, Notärzte in spätestens 12 Minuten in der Stadt, 14 Minuten im ländlichen Raum. Auch mit Blick auf die steigende Lebenserwartung und dem damit einhergehenden erhöhten Hilfebedarf der Bevölkerung wird eine flächendeckende Versorgung mit einem medizinischen Notdienst immer wichtiger.

Kulturlandschaften erhalten – Flächenverbrauch eindämmen

Unser schönes Land, unsere Kulturlandschaft ist durch unsere Vorfahren geschaffen worden - ohne Chemie, mit der Natur, mit viel Verstand und harter Arbeit. Industrie, Straßenbau, Versiegelung, Energieerzeugung aller Art dürfen dieses Erbe nicht für relativ kurzfristige Gewinne zerstören.

Die AfD versteht sich als konservative politische Kraft, die sich für die Bewahrung des Erbes unserer Kulturlandschaften einsetzt. Kommunen dürfen ihr Planungsrecht nicht missbrauchen, um durch Enteignungen und Umwidmungen von Wiesen und Äckern kurzfristige Gewinne zu erzielen. Landwirtschaft mit Tradition und Augenmaß schafft Heimat. Landwirte müssen mehr als bisher als Partner der Landschaftserhaltung und -pflege gesehen und geschätzt werden.

Fairness gegenüber unseren Landwirten zeigen

Wir lehnen die pauschale Verunglimpfung unserer Bauern, wie sie derzeit im Verbund mit dem Slogan der „Grünen Agrarwende“ zu hören ist, ab. Biologische und konventionelle Landwirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die aktuellen Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft sind nicht den Bauern anzulasten, sondern durch politische Entscheidungen aller etablierten Parteien verursacht, dazu gehören die durch die Biogasförderung (EEG) verursachten Maiswüsten mit Erosion, Boden- und Wasserbelastung, die Massentierhaltung mit den Begleiterscheinungen Antibiotika-Einsatz und Tierquälerei, das Artensterben durch Flurbereinigungen und die Subventionierung von Großbetrieben. Die Politik muss es den Bauern ermöglichen, die Kulturlandschaft zu pflegen und mehr auf Produkt- und Umweltqualität als auf Massenproduktion zu setzen. Dies kann durch biologische, muss aber vor allem in der konventionellen Landwirtschaft geschehen, die bis auf Weiteres das Gros der Agrarproduktion ausmacht. Die Landwirtschaft darf durch überzogene Vorschriften eines falsch verstandenen Tierschutzes nicht geschädigt werden. Übergriffe auf Landwirte sind konsequent zu ahnden.

Landwirtschaft wertschätzen und als Beruf erhalten

Wir setzen uns als AfD dafür ein, dass die Landwirte von den Erzeugnissen, die sie verkaufen, auch leben können. Darüber hinaus können Landwirte über Förderprogramme und Subventionen gestützt werden, wo sie maßgeblich zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen.

Der ständig steigende Preisdruck und die zunehmende bürokratische Belastung der Betriebe führen zu vielen Betriebsaufgaben. Das kann nicht das Ziel einer Politik sein, die sich den Erhalt von Kulturlandschaft und ländlichem Raum zum Ziel gesetzt hat. Nach dem Motto "Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen" müssen die Zahlungen weiterhin an Dienstleistungen für Umwelt- und Tierschutz gekoppelt bleiben.

Bürokratie in der Landwirtschaft zurückdrängen

Um der überbordenden Bürokratie, der die produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe ausgesetzt sind, wirksam entgegenzuwirken, fordert die AfD eine Ombudsstelle "Entbürokratisierung" als eigene Dienststelle, die dem Landtag

Baden-Württemberg berichtet. Alle Landwirte können sich an diese Stelle wenden, wenn sie der Meinung sind, dass bestimmte Regelungen nicht zielführend sind.

Unsere Landwirte kämpfen gegen eine ständig zunehmende Bürokratie. Dabei ist klar, dass eine überbordende Bürokratie unsere Unternehmer lähmt, die Produktivität unserer Wirtschaft senkt und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft fesselt. Es bedarf staatlicher Kontrollen und Vorgaben, aber diese müssen so gestaltet sein, dass sie von den Bürgern als

sinnvoll und umsetzbar wahrgenommen werden. Weidetagebücher mit tag- und tiergenauen Aufzeichnungen, wann Tiere die Weiden betreten, sind beispielsweise unsinnige bürokratische Vorschriften.

Gentechnikfreie Region Baden-Württemberg als Marke für das Ländle einführen

Im Falle einer Freigabe des Anbauverbots für gentechnisch veränderte Organismen unter dem Druck der Welthandelsorganisation (WTO) setzt sich die AfD für eine "gentechnikfreie Region Baden-Württemberg" ein.

In unserem kleinräumlich strukturierten Bundesland sehen wir die Gefahr der Kontamination von gentechnisch veränderten Pflanzen auf benachbarten Flächen. Wesentliche Vorteile von herbizidtolerantem Mais oder herbizidtoleranten Sojabohnen sehen wir nicht. Bei Kreuzblütlern wie dem Raps besteht außerdem die Gefahr der Kreuzung mit Wildpflanzen. Statt auf Gentechnik setzen wir in Baden-Württemberg auf Qualität und Sicherheit unserer landwirtschaftlichen Erzeugung.

Freien Tausch und Handel von Saatgut beibehalten

Kein Verbot für Tausch oder Handel mit Saatgut von Kulturpflanzen, die nicht unter den Sortenschutz fallen.

Wir sind dafür, dass Saatgut, das keinem Sortenschutz unterstellt ist, von jedermann angebaut, vermehrt, verkauft und getauscht werden kann. Eine zusätzliche Bürokratisierung und Vereinheitlichung durch die EU halten wir für kontraproduktiv. Durch die bürokratischen Hürden nimmt mancher Anbauer von seinem Vorhaben Abstand und die fraglichen Kulturarten werden mehr und mehr verdrängt zugunsten von Arten, die einem Sortenschutz unterliegen. Dies reduziert die Pflanzenvielfalt und die damit verbundenen Ökosysteme.

Tiere vor unnötigem Leid schützen

Das Tierwohl bei der Landwirtschaft stärker in den Vordergrund rücken – regionale Markennamen nutzen

Nicht nur aus ethischen, sondern auch wirtschaftlichen Gründen fordert die AfD in Baden-Württemberg eine fortschrittliche Nutztierhaltung, wobei im Vordergrund das Tierwohl steht. Um dieses objektiv beurteilen zu können, sollen wissenschaftlich geprüfte Indikatoren herangezogen werden.

In Baden-Württemberg kann in der Schweineproduktion aufgrund der Betriebsstrukturen nicht mit dänischen oder holländischen Betrieben Schritt gehalten werden, die aufgrund ihrer Größe mehr und günstiger produzieren können - und das ist auch gut so! Das motiviert uns in

Baden Württemberg, uns auf unseren Standortvorteil zu konzentrieren und die regionale Vermarktung zu fördern. Produkte wie "Alblamm", "Schwäbisch Hällisches Landschwein", "Albbüffel" und andere Tierarten und -rassen aus Weidehaltung seien als Beispiele genannt. Unser Ziel sind nicht 30 Ferkel pro Sau und Jahr, sondern wir wollen mit tiergerechten Haltungssystemen vorangehen, die möglicherweise schon bald europaweit gefragt sein werden. Für tiergerechte Ställe muss die Investitionsförderung fortgesetzt und die amtliche Beratung intensiviert werden.

Haltungssysteme und Schlachtung von fleischliefernden Tieren an die Tierart anpassen

Die AfD lehnt Amputationen am Tier (z.B. Schwänze-Kupieren beim Schwein, Schnabel-Kürzen beim Huhn) zur Anpassung an das Haltungssystem ab. Die Haltungssysteme müssen an das Tier angepasst werden, nicht umgekehrt.

Unter enger Zusammenarbeit mit der amtlichen Beratung soll den Betriebsleitern geholfen werden, Stressoren ausfindig zu machen und zu beseitigen. Das Kupierverbot allein reicht nicht aus, das Leid der Tiere zu verringern. Anhand von Indikatoren (Häufigkeit des Antibiotikaeinsatzes im Stall, Tierverluste und Schlachtkörperbefund) sollen die Betriebe ausfindig gemacht werden, die starken Beratungsbedarf haben. Bei fleischliefernden Tieren hat vor der Schlachtung eine ausreichende Betäubung zu erfolgen. Nicht tierschutzkonformes Schächten (Schlachten ohne Betäubung) lehnt die AfD ab.

Kennzeichnungssystem für Tierhaltungsstandards einführen

Die AfD fordert ein Kennzeichnungssystem, das dem Verbraucher einfach und zuverlässig die zugrundeliegenden Tierhaltungsstandards signalisiert.

Der Verbraucher braucht dringend einen Hinweis an der Fleischtheke, der Informationen darüber gibt, wie die Tiere gehalten wurden. Die vielen Labels sind zu unübersichtlich und kompliziert. Analog zur staatlichen Kennzeichnungspflicht bei Eiern soll Fleisch von "produziert nach Ökoverordnung" über "Tiere mit Auslauf" bis hin zu "produziert nach gesetzlichem Tierhaltungsstandard" in nicht mehr als vier Klassen eingestuft werden.

Jäger nicht entmündigen

Die AfD fordert ein praxisgerechtes und unbürokratisches Jagdrecht unter umfassender Berücksichtigung der Hinweise und des breiten Erfahrungsschatzes der betroffenen Jäger, Grundbesitzer, Förster und Landwirte.

Die Jägerschaft stiftet seit vielen Jahrzehnten durch großes persönliches Engagement und mit entsprechendem Verantwortungsbewusstsein für Wild, Jagd und Natur der Gesellschaft einen erheblichen Nutzen. Das jüngst erlassene „Wildtiermanagementgesetz“ (Jagdrecht) ist ein Paradebeispiel für die Entmündigung der Bürger. Im Gesetzgebungsprozess wurden

zahlreiche Bedenken und Einwände der Jägerschaft und der Landwirte entgegen dem Versprechen der Landesregierung auf mehr Bürgerbeteiligung unberücksichtigt gelassen. Die Jägerschaft sieht sich nun praxisfernen Vorschriften zur Wildtierfütterung oder zur Erhaltung der Artenvielfalt und dem Eigentumsrecht zuwiderlaufenden Einschränkungen von Jagdmethoden (Fallenjagd, Baujagd, Kurrungen) und Jagdzeiten gegenüber. Das Jagdrecht ist daher so schnell wie möglich unter tatsächlicher Einbindung der betroffenen Praktiker zu ändern.

Um dem Gesundheitsschutz auch bei der Jagd Geltung zu verschaffen, befürwortet die AfD den Einsatz von Schalldämpfern. Ebenso wird der Einsatz von Nachtzielgeräten zur Schwarzwildjagd befürwortet, auch um den irrtümlichen Abschuss von Bachen (Muttersauen) zu vermeiden.

Die unangemeldete Kontrolle über die gesetzliche Aufbewahrungspflicht von Schusswaffen im Privatbereich wird abgeschafft. Die Unverletzlichkeit der Wohnung wird gewährleistet.

Tierversuche möglichst vermeiden

Die AfD bekennt sich zum Tierschutz als einem im Grundgesetz verankerten Staatsziel. Wir setzen uns ein für umfassende Kontrollen nach den Tierschutzgesetzen und für die konsequente Bestrafung bei Verstößen.

Tierversuche sind niemals vollständig auf den Menschen zu übertragen, können aber dazu beitragen, Gefahren frühzeitig zu erkennen und neue Therapien zu entwickeln. Forschung und das Entwickeln von lebensrettenden Medikamenten sind wichtig, aber diese Ziele sind kein Freibrief für Tierversuche an Primaten und anderen Mitgeschöpfen, die erhebliches Leiden verursachen. Langfristig sollen Tierversuche komplett durch Alternativmethoden ersetzt werden. Wir regen an, die Entwicklung alternativer, tierversuchsfreier Prüfmethode konsequenter zu fördern. Wir befürworten außerdem Maßnahmen für mehr Transparenz bei Tierversuchen in Form öffentlicher Datenbanken und wir fordern eine Überarbeitung der Chemikalienrichtlinie REACH mit dem Ziel, auf die Testung alter und neuer Substanzen in Tierversuchen zu verzichten, wenn eine Gefährdung des Menschen anhand vorliegender Daten mit großer Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Unsere Natur bewahren

Nitratbelastung des Grundwassers verringern

Die AfD möchte der Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen durch geeignete Maßnahmen wirksam und Hand in Hand mit den Erzeugern Grenzen setzen.

Auch in Baden-Württemberg kann und muss die Landwirtschaft durch eine verbesserte Anpassung der Stickstoffdüngung an den Nährstoffentzug die Nitratbelastung des Grundwassers weiter reduzieren. Durch eine verbesserte Ausbildung und Beratung möchte die AfD die Landwirte darin unterstützen, die Düngemengen weiter abzusenken. Dies liegt

nicht zuletzt auch im Interesse der Landwirte. Nitrat, das im Grundwasser statt in der Pflanze landet, schädigt einerseits die Umwelt und das Image der Landwirtschaft, andererseits kostet unnötiger Dünger den Landwirt Geld. Auf viehhaltenden Betrieben könnte eine Hoftorbilanz helfen, das Stickstoffmanagement zu optimieren.

Erosionsschutz verbessern – Böden erhalten

Die AfD unterstützt Maßnahmen, die die Erosion mindern, um die Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Böden zu erhalten und das Einkommen der Landwirte nachhaltig zu sichern.

Die Bodenneubildung (0,1 mm pro Jahr) beträgt nur einen Bruchteil dessen, was jedes Jahr vom Acker verschwindet (4-6 mm). Erosion führt zum Verlust des nährstoffreichen Oberbodens. Vor allem in Hackfrüchten wie Mais und Zuckerrüben könnten durch die Fruchtfolge, Direktsaat und Begrünung der Fläche die Wind- und Wassererosion gemindert werden. Brache sollte vermieden und die Bearbeitungshäufigkeit reduziert werden. Wildlebende Tiere finden auf der Winterbegrünung Nahrung und Lebensraum. Für innovative, umweltschonende Anbauverfahren wie bspw. Direkt- oder Mulchsaat, deren Einführung die Landwirte vor große Herausforderungen stellt, muss die Förderung fortgesetzt werden.

Biogasanlagen mit Verstand fördern

Die AfD lehnt eine Förderung von neuen Biogasanlagen ab, die als Substrat Pflanzen verwenden, die in Konkurrenz zur Futter- und Lebensmittelproduktion stehen.

Eine Erhöhung von Boden- und Pachtpreisen durch die doppelte Förderung von Biogasanlagenbetreibern (1. Förderung über die EU-Hektarprämie und 2. Förderung jedes eingespeisten kWh Stroms), haben gravierende Wettbewerbsnachteile für Milchvieh- und Ackerbaubetriebe. Einseitige maisbetonte Fruchtfolgen haben negative Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und die Artenvielfalt. Bestandsanlagen erhalten ihren Zuschuss für 20 Jahre. Nach Auslaufen dieser Verträge sollen keine weiteren Anlagen zur Vergärung von Futterpflanzen mehr gefördert werden.

Flächenverbrauch eindämmen

Die AfD fordert den Erhalt von Altbausubstanz statt Neubau, um der fortschreitenden Flächenversiegelung Einhalt zu gebieten.

Angesichts der demographischen Entwicklung und immer häufiger auftretender unsanierter oder verfallender Altbausubstanz ist es ein Gebot der Vernunft, zunächst, soweit irgend möglich und gegebenenfalls auch unter Inkaufnahme von Mehrkosten, auf diese vorhandenen Flächen zurückzugreifen, anstatt ständig zusätzliche Bauflächen auszuweisen. Die Versiegelung von Flächen hat gravierende Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, das Klima und die Biodiversität. Außerdem sind diese Flächen für die Landwirtschaft für immer verloren.

Die Ausgleichsmaßnahmen, die bei Bebauung andernorts anfallen, sorgen für einen doppelten Verlust von Boden für die Landwirtschaft.

Verbraucherrechte garantieren

Den Verbraucherschutzgedanken zentral in der Gesellschaft verankern

Der Schutz der Verbraucher ist kein Luxusgut, das anderen Politikfeldern nachgeordnet sein soll. Er ist eine Querschnittsaufgabe für eine ganze Reihe von politischen Sektoren. Die AfD sieht Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz nicht allein und noch nicht einmal vorrangig als Staatsaufgabe, sondern als gemeinsame Aufgabe staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Hierzu soll ein eigenes Verbraucherschutzministerium auch auf Landesebene etabliert werden, das alle Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher koordiniert. Die anerkannten Verbraucherverbände – Verbraucherzentralen, aber auch spezialisierte Interessenvertretungen, müssen darüber hinaus ausreichend finanziert werden. In den Schulen soll die Verbraucherbildung durch verbindliche Curricula und modellhaftes Lernen an Praxisfällen verbessert werden. Im Vertrauen auf die Selbstdeklaration durch Hersteller und Importeure ist die Marktaufsicht durch Personaleinsparungen personell ausgedünnt worden, sodass sie ihre Aufgaben nur noch mit wachsenden Schwierigkeiten erfüllen kann. Hier ist ein Personalaufbau und ausreichende technische Ausstattung notwendig.

Lebensmittelsicherheit erhöhen und Verbraucher stärken

Die AfD fordert eine sachliche Aufklärung über die Risiken und Chancen der Gentechnik in der Landwirtschaft sowie eine strenge Kontrolle bei der Zulassung entsprechender Technologien. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sollen darüber hinaus klarer als solche gekennzeichnet werden.

Eine Aufweichung der geltenden Standards, zum Beispiel durch einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen, lehnt die AfD daher strikt ab. Auch bei importierten Lebensmitteln müssen die Verbraucher auf die Sicherheit und die Einhaltung der Standards vertrauen können.

Neubau großer Einkaufszentren erschweren –

Unternehmenskonzentration im Einzelhandel verhindern

Wir fordern Maßnahmen gegen eine weitere Unternehmenskonzentration im Einzelhandel und die damit einhergehende Verödung der Innenstädte.

Die Unternehmenskonzentration im Einzelhandel hat inzwischen Formen erreicht, die entschlossenes Gegensteuern erfordern. Während im Lebensmitteleinzelhandel nur noch vier

Unternehmen 85 Prozent des gesamten Marktes beherrschen, sind die Einkaufsstraßen der Innenstädte von den immer gleichen Marken der Bekleidungsindustrie geprägt. Große

Einkaufszentren machen dem Facheinzelhandel das Überleben fast unmöglich. Die AfD will diesem Phänomen durch ein Gesetz begegnen, das die Vielfalt in den Innenstädten erhalten soll und den Neubau weiterer großer Einkaufszentren erschwert.

Freihandelsabkommen müssen den Firmen wie auch den Bürgern nutzen und Sicherheit schaffen

Die AfD wird Freihandelsabkommen nur zustimmen, wenn diese transparent verhandelt wurden und Regelungen zu Investorenschutz und Schiedsgerichten keine Verschlechterung für Deutschland bringen. Bei wichtigen Abkommen werden wir die Bürger befragen.

Wir treten für freien Handel und Wettbewerb zwischen allen Ländern der Erde ein. Entsprechende Abkommen müssen für alle Beteiligten Sicherheit und gleiche Regeln in allen definierten Bereichen beinhalten, u.a. für Verbraucherschutz, Umweltbereich, Gesundheit, Recht, Investitionen, Arbeitsbedingungen. Infrastrukturen der Daseinsvorsorge (Telekommunikations- und Energienetze, Wasser, Umwelt) sind dabei besonders schützenswert.

XII. Für ein starkes und finanzierbares Gesundheitssystem

Die Gesundheitspolitik in Deutschland steht angesichts der demographischen Entwicklungen vor großen Herausforderungen. Zweifellos verfügen wir noch immer über eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt. Dennoch sind die Krisensymptome nicht zu übersehen, die sich, für jeden einzelnen spürbar, als steigende Krankenkassenbeiträge und Leistungseinschränkungen bemerkbar machen.

Die statistische Alterung der Gesellschaft und der medizinisch-technische Fortschritt werden Gesundheitsleistungen weiter verteuern. Zuschüsse aus dem allgemeinen Haushalt in die Krankenversicherung werden unausbleiblich sein, und sei es nur in der Form, dass die Krankenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlastet und bestimmte Leistungen aus anderen Haushaltsbudgets bestritten werden. Doch die Umverteilung von Ausgaben führt nicht automatisch zu Einsparungen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, sowohl die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems unter erschwerten Bedingungen aufrechtzuerhalten als auch die vorhandenen Gestaltungsspielräume zu nutzen.

Die Prävention von Krankheiten wird künftig zur Kostenvermeidung und zur Steigerung der allgemeinen Gesundheit eine wesentlich wichtigere Rolle spielen müssen als heute. Dabei gilt

es, ein System von Präventionsanreizen zu schaffen, das ohne ideologische Gängelung auskommt und die Freiheit der Bürger nicht einschränkt.

Hygiene in Krankenhäusern verbessern

Die AfD setzt sich für eine deutliche Erhöhung der Hygienestandards im medizinischen Bereich ein, um dem Missstand der hohen Infektionsrate durch sogenannte Krankenhauskeime endlich wirksam zu begegnen.

Hygienemängel in Krankenhäusern sind die Hauptursache für die hohe Anzahl von Infektionstoten. Wir fordern deshalb, den Krankenhäusern genauere Vorgaben zur Hygiene und für die Kontrolle von deren Einhaltung zu machen und dies regelmäßig durch Gesundheitsämter kontrollieren zu lassen. Wichtig dafür sind vor allem die Händedesinfektion des Personals und die dafür notwendige Zeit. Die AfD schlägt hierzu die Übernahme eines wie in den Niederlanden funktionierenden Hygieneregimes vor.

Prävention im Gesundheitsbereich stärken

Die AfD setzt bei der Gesundheitsversorgung auf ein ausgewogenes Verhältnis von Selbstverantwortung und Lenkung.

Schon in den Kindergärten und Schulen soll über gesundheitliche Gefahren einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt werden. Hierzu sind die Themen Ernährung, Gesundheitsvorsorge und Sport verstärkt zu unterrichten. Wir dürfen diese Themen nicht weiter ausblenden und nicht erst angehen, wenn es für eine vernünftige Prävention schon zu spät ist. Nur durch einen signifikanten Ausbau der Präventionsmaßnahmen wird es gelingen, die explodierenden Kosten im Gesundheitssektor einzudämmen.

Die Leistungsfähigkeit der stationären Versorgung erhalten

Das im Jahre 2002 eingeführte DRG-Fallpauschalensystem ist nicht in der Lage, eine stabile Finanzierungsgrundlage für die Krankenhäuser auszugestalten. Es muss in seiner Gesamtheit auf den Prüfstand. Eine Rückkehr zu individuell vereinbarten Krankenhausbudgets darf nicht ausgeschlossen werden.

Die „Krankenhausstrukturreform 2015“ führt der Öffentlichkeit die prekäre Lage der stationären Versorgung vor Augen, treibt sie doch Betriebsleitungen und Beschäftigte der Krankenhäuser einvernehmlich auf die Straße. Hauptkritikpunkt dabei sind die im „DRG-Fallpauschalensystem“ der Krankenhäuser völlig unzulänglich finanzierten Personalkosten. Aufgrund dieser Deckungslücke sehen sich viele Krankenhäuser gezwungen, Personalstellen, insbesondere bei der Pflege, einzusparen, was zu einer kaum mehr hinnehmbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt und mittelbar zum „Pflegetotstand“ beiträgt. Darüber hinaus hat sich im Land Baden-Württemberg ein „Investitionsstau“ von mehreren Hundert Millionen Euro angesammelt. Er muss sukzessive abgebaut werden, um die dringend notwendige Sanierung der Krankenhausinfrastruktur voranzubringen.

Mehr Sport in Schulen anbieten

Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht nimmt leider immer weiter zu. Dem müssen wir entgegenwirken.

Die AfD fordert daher bereits ab der Grundschule mindestens drei Stunden Schulsport pro Woche. Außerdem müssen Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen nachhaltig gefördert werden, damit Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen. Der Schulsport darf durch die Belegung von Sporthallen mit Asylbewerbern nicht eingeschränkt werden.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Die Ausdünnung des ländlichen Raumes durch Abwanderung junger Menschen, insbesondere Familien, kann nur durch ein Bündel verschiedenster Maßnahmen reduziert werden. Die medizinische Versorgung durch Ärzte, Apotheken und Pflegedienste gehört dabei zu den wesentlichen Voraussetzungen, die dort ansässigen Einwohner zum Verbleib in ihrer angestammten Heimat zu bewegen.

In den betroffenen Gebieten könnte die Attraktivität einer ärztlichen Praxis durch infrastrukturelle Förderung (Darlehen, Praxisausstattung) als auch durch eine Anpassung des ärztlichen Vergütungssystems gefördert werden. Wo dies nicht möglich ist, können MVZ (Medizinische Versorgungszentren) die ärztliche Betreuung sicherstellen. Auch die Notfallambulanzen der ländlichen Krankenhäuser sind unverzichtbar, diese müssen jedoch ausreichend finanziert werden, wie bereits die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft seit langem fordert. Weiterhin sollten zusätzliche Studienplätze für Bewerber bereitgestellt werden, die sich zu einer späteren Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten.

Die Finanzierung von Rehabilitationseinrichtungen auf Länderebene einheitlich regeln

Nach Auffassung der AfD sollten die Vergütungen in Rehabilitationseinrichtungen zukünftig nicht mehr zwischen den Kostenträgern und den einzelnen Kliniken verhandelt werden, sondern nach einheitlichen Kriterien zwischen den Kostenträgern und den Verbänden der Rehabilitationseinrichtungen (in der Regel die Krankenhausgesellschaft eines Bundeslandes). Die Vorschriften des SGB V und SGB IX wären entsprechend anzupassen.

Im Gegensatz zum Krankenhausbereich ist die Vergütung der ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen und -kliniken nicht gesetzlich geregelt. Die Vereinbarung der Vergütung (ambulante Entgelte und stationäre Tagessätze) erfolgt deshalb direkt zwischen den Landesverbänden der Kostenträger und den einzelnen Rehabilitationseinrichtungen. Dies führt zu einer vergleichsweise schwachen Verhandlungsposition der Einrichtungen, die noch

dadurch erschwert wird, dass die Patientenströme von den Kostenträgern gezielt und nahezu ausschließlich nach der Höhe der Vergütungen und viel zu häufig in eigene Einrichtungen gesteuert werden.

Das deutsch-türkische Gesundheitsabkommen kündigen und neu verhandeln

Das Gesundheitsabkommen benachteiligt einheimische Krankenversicherte und ist unverzüglich zu kündigen und auf der Basis der Gleichstellung deutscher und türkischer Versicherter neu zu verhandeln.

Das deutsch-türkische Gesundheitsabkommen aus dem Jahr 1964 regelt die Rechtsstellung türkischer oder deutscher Staatsbürger im jeweils anderen Land. In der Krankenversicherung führen die dort enthaltenen Regelungen zu einer weithin unbekanntem, eindeutigen Besserstellung türkischer Staatsangehöriger gegenüber deutschen Staatsangehörigen zu Lasten der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung. Dies betrifft insbesondere die im deutschen Recht nicht vorgesehene Mitversicherung von Eltern in der Familienversicherung.